

PROTOKOLL

über die 5. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 5. März 1998, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, Mag. Helmut Lemmerer, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT: GR Walter Gabath, GR Edith Radmoser

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Elke Kotas

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) Fin-120/97 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1997 in das Finanzjahr 1998

2) Fin-233/97 Mader Hotelbetriebsges.m.b.H. & Co KG, Stadtplatz 36, 4400 Steyr; Gewerbeförderung

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

3) Fin-239/97 Verein „Aktion Tagesmütter“; Subventionsansuchen für 1998

4) PräS-685/96 Errichtung eines Kindergartens im Stadtteil Münichholz; Abschluß eines Mietvertrages

5) SH-105/98 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1998

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

6) Sport-5/97 Sportehrenzeichenverleihung 1997/98

7) Fin-4/98 SK Vorwärts Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Tribünenüberdachung

8) Fin-35/98 Errichtung eines Studentenheimes für die Fachhochschule in Steyr unter Verwendung des Kolpinghauses; Beitrag der Stadt Steyr (Subventionierung)

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

9) Stw-2/95 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG; vertragliche Anhebung des Leistungspreises zum 1. 1. 1998

10) Stw-1/98 Stadtwerke Steyr; Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 1998

11) Stw-2/98 Städtisches Gaswerk; Neuverlegung bzw. Erneuerung von Erdgasversorgungsleitungen in den Bereichen Radmoserweg, Hubergutstraße, Schillerstraße, Arbeiterstraße und Kühberggasse sowie Netzerweiterung Seitenstettner Straße; Auftragsvergaben

12) Stw-3/98 Städtisches Wasserwerk; Erneuerung des Trinkwasserversorgungsstranges Promenade; Auftragsvergaben

13) Stw-4/98 Städt. Wasserwerk; Erneuerung Versorgungsleitung Kudlichgasse; Auftragsvergaben

14) Stw-7/98 Städtisches Gaswerk; Erdgasaufschließung Gleinker Hauptstraße (Bereich Neustift); Auftragsvergaben

15) Stw-10/98 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1997

16) Stw-13/98 Stadtwerke Steyr, städtische Bäder und Kunsteisbahn; (teilweise) Verlustsätze 1997

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

17) Bau5-201/93 Baustelle Kommunalzentrum-Bauabschnitt III

I. Allgemeines

II. Ausschreibungen Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär- und Druckluftanlage

III. Auftragsvergaben und Mittelfreigaben

18) Fin-41/98 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1998

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

19) Fin-136/95 Jugendkulturhaus; Förderung

20) Fin-57/95 Pfarramt Steyr-Gleink; Ölgemälderestaurierung; Förderung

21) Pers-434/85 Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1997

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie herzlich. Ebenso herzlich begrüße ich die Damen und Herren aus unserer Stadt bzw. die Vertreter der Medien.

Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, die Beschlußfähigkeit gegeben ist und als Protokollprüfer Frau GR Roswitha Großalber und Herr GR Ing. Wolfgang Hack gemeldet sind. Die beiden übernehmen, wie ich annehme, diese Funktion. Danke sehr. Bitte, das dem Protokoll hinzuzufügen.

Entschuldigt sind die Kollegin Edith Radmoser und Herr Kollege Walter Gabath. Es wird Kollege - Fidi, aus Christkindl ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

David Forstenlechner.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sablik.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... Kollege Forstenlechner etwas später erscheinen.

Kollege Sablik befindet sich schon einige Zeit in Pension, Herr Kollege Pfeil, falls sie das noch nicht „gespannt“ haben sollten.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er möchte mir schon wieder etwas Falsches einsagen, ist eh ganz klar. Man kann sich auf seine Mitarbeiter schlecht verlassen.

Zur Behandlung allfälliger Anfragen: Die Liberale-Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 24. 2. 1998 folgende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Erste Überlegungen zu einer Aufstiegshilfe Tabor gab es vor mehreren Jahrzehnten. Zu einer Umsetzung kam es allerdings bis heute nicht, wenngleich sogar die beiden Richtkonzepte der Stadt (Verkehrskonzept von H. Stickler und Stadtentwicklungskonzept von Prof. Breitling) die Aufstiegshilfe Tabor dezidiert vorschlagen:

Wörtliches Zitat aus dem Verkehrskonzept von H. Stickler (1994):

Es existiert zwar ein direkt geführter Fußweg zwischen Tabor und Stadtplatz, allerdings ist diese relativ steile Stiege von Behinderten, Betagten oder mit einem Kinderwagen gar nicht oder nur schwer zu bewältigen.

Deshalb wird vorgeschlagen, die Mobilitäts-Chancen dieser ohnehin benachteiligten Personengruppen mittels einer mechanischen Aufstiegshilfe - Aufzug, Schrägaufzug, Rolltreppe (welche Art zum Einsatz kommen soll/kann, wäre zu prüfen) - direkt neben der bestehenden Taborstiege zu erhöhen.

Wörtliches Zitat aus dem Stadtentwicklungskonzept von Prof. Breitling (Mai 1995):

Problem: Hochgelegene Siedlungsflächen sind für Fußgeher nur auf Umwegen erreichbar.

Ziel: Verbesserung der Anbindung der Hochflächen an die zentralen Lagen der Stadt.

Maßnahme: Aufstiegshilfe Tabor

Weitere Argumente für die Realisierung der Aufstiegshilfe Tabor wären zudem:

Durch den Bau einer in die Landschaft passenden Aufstiegshilfe könnte Steyr eine touristisch wertvolle Attraktion erhalten und es auch seinen Besuchern erleichtern, sich die Stadt zu „ergehen“.

Damit wäre ein positiver Synergieeffekt in Richtung Tourismus verbunden.

In der Sitzung des letzten Verkehrsausschusses vom 29. 1. 1998 wurde der Entwurf eines Fahrradkonzeptes für Steyr vorgestellt, das primär eine gezielte Routenführung beinhaltet. Durch die Umsetzung des Konzeptes soll u. a. die Zahl jener erhöht werden, die gewisse Fahrten, statt mit dem Auto oder Bus, mit dem Fahrrad durchführen.

Damit dieser Effekt aber tatsächlich eintritt, wäre es nötig, eklatante Niveauunterschiede umgehen zu können. Die Aufstiegshilfe Tabor könnte einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsverlagerung leisten, indem das Fahrradfahren erleichtert wird und nicht nur für die sportlich Konditionierten in Frage kommt. Das Radfahren erlebte zwar in den letzten Jahren einen Boom, doch primär als Sporterlebnis und nicht als Einsatz im alltägliche Leben: als Fahrt zur Arbeit, zum Einkaufen etc.

Durch den weiteren Ausbau der Fachhochschule wird das Verkehrs- und damit verbunden das Parkproblem im Bereich Steyrdorf/Wehrgraben steigen. Durch die Verbindung mit dem Tabor könnte unter Umständen erreicht werden, daß ein Teil der Bewohner und Besucher auf noch zu eruiierenden geeigneten Flächen am Tabor parkt und dann zu Fuß bzw. unter Nutzung der Aufstiegshilfe Tabor in den Wehrgraben gelangt. Dies könnte zu einer Reduzierung der zu erwartenden Verkehrsprobleme Steyrdorf/Wehrgraben führen.

Durch die bessere Verbindung der Stadtteile Tabor/Steyrdorf/Wehrgraben könnte zudem eine weitere Attraktivierung Steyrdorfs erreicht werden.

Das Stadtentwicklungskonzept wurde bereits in der Gemeinderatssitzung vom 6. 2. 1997 beschlossen. Unter anderem ist darin auch die mittelfristige Umsetzung der Aufstiegshilfe Tabor vorgesehen.

Folgende Fragen ergeben daher in diesem Zusammenhang an sie:

Frage 1:

In welchem Zeitraum ist mit der Inbetriebnahme der Aufstiegshilfe Tabor zu rechnen und welche konkreten zeitlichen Terminierungen für die einzelnen Realisierungsschritte sind geplant?

Frage 2:

Liegen zum Projekt Aufstiegshilfe Tabor eine Machbarkeitsstudie, eine konkrete Kostenschätzung, ein Finanzierungsplan oder ähnliches vor?

Frage 3:

Gab es seitens der Stadt Steyr bisher Kontaktaufnahmen mit der EU, dem Bund, dem Land OÖ., Privatpersonen etc., im Hinblick auf eine Beteiligung am Projekt Aufstiegshilfe Tabor?

Ich ersuche sie höflichst, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderatssitzung vom 5. 3. 1998 zu beantworten.“

Hiezu möchte ich folgendes berichten:

Zu Frage 1:

In welchem Zeitraum ist mit der Inbetriebnahme der Aufstiegshilfe Tabor zu rechnen und welche konkreten zeitlichen Terminierungen für die einzelnen Realisierungsschritte sind geplant?

Laut Stadtentwicklungskonzept von Univ.-Prof. Dr. Breitling, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 6. 2. 1997, ist die Realisierung der Aufstiegshilfe Tabor in den Jahren 2001 - 2003 vorgesehen.

Es steht auch die Antwort im Stadtentwicklungskonzept, Frau Kollegin. Es freut mich, daß sie sich zwar die Fragestellung erlesen haben, aber leider nicht mehr die Antwort. Die wollen sie natürlich publikumswirksam im Gemeinderat haben.

Die konkreten Realisierungsschritte, wie Ideenfindung, Projektierung, Budgetansätze etc., werden zeitgerecht vorgesehen.

Zu Frage 2:

Liegen zum Projekt Aufstiegshilfe Tabor eine Machbarkeitsstudie, eine konkrete Kostenschätzung, ein Finanzierungsplan oder ähnliches vor?

Eine generelle Machbarkeitsstudie liegt vor und hat zu einer Grobkostenschätzung von ca. S 10 Mio. im Stadtentwicklungskonzept geführt.

Zu Frage 3:

Gab es seitens der Stadt Steyr bisher Kontaktaufnahmen mit der EU, dem Bund, dem Land OÖ., Privatpersonen etc. im Hinblick auf eine Beteiligung am Projekt Aufstiegshilfe Tabor?

Dazu kann ich folgendes sagen: Kontaktaufnahmen bezüglich einer Beteiligung am Projekt sind nicht erfolgt, da derzeit noch kein konkretes Projekt vorliegt. Und ohne ein solches Projekt haben natürlich solche Gespräche nur Small Talk-Charakter. Das wollen wir natürlich in diesen Dingen nicht praktizieren. Das Land OÖ. ist natürlich über das Stadtentwicklungskonzept, über dieses Vorhaben der Stadt informiert.

Ich möchte über diese Frage Tabor hinausgehend noch sagen, daß die Überbauung des Bahnhofes, die ja im Gange ist, in Richtung Ennsleite auch eine erhebliche Verbesserung der Fußläufigkeit mit sich bringt. Natürlich kann und wird auch überlegt werden und zu überlegen sein, in welcher Weise Aufstiegshilfen mit geplant und überlegt werden können. Auch diese Aufstiegshilfe steht im Stadtentwicklungskonzept, und ich darf erinnern, daß sogar noch am anderen Ende, nämlich im Hinblick auf den Aufstieg in das Steyrdorf bei der Frauenstiege, auch noch eine Aufstiegshilfe in weiterer Zukunft geplant ist.

Ich hoffe, daß damit diese Frage von ihnen, Frau Kollegin Frech, beantwortet erscheint. Wir haben sehr konkrete Festlegungen im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept im Gemeinderat

getroffen.

Es gibt eine weitere Anfrage.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eine Zusatzfrage! Diese Machbarkeitsstudie über die 10 Mio. S, die sie zitieren, wo liegt die vor?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die ist im Zusammenhang mit der Entwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes von Prof. Breitling gemacht worden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Meines Wissens ist das keine Machbarkeitsstudie, sondern nur eine ganz grobe Kostenschätzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie, Frau Kollegin, es ist natürlich mühelos durch den Gemeinderat der Stadt Steyr beschließbar, 100 Studien zu beauftragen. Diese Studien würden auch 100 Mio. S kosten und alle in einem verhältnismäßig kleinen Behälter abgelegt werden. Wir haben die Praxis entwickelt, in möglichst direktem Zusammenhang mit der Realisierung von Projekten auch Studien zu beauftragen. Ich würde dem Gemeinderat schon sehr nahelegen, diese Praxis auch beizubehalten.

Es ist unglaublich, wieviel Geld man mit Planungen - ich sage das ein bißchen provokant - vertun kann. Wissen sie, es gibt so viele Planungen, die nie realisiert werden, aber immenses Geld kosten. Ich bin gerade jetzt und heute von einem Gespräch vom Herrn Landessportdirektor aus Linz zurückgekommen, wo es immer noch darum geht, die Planungen betreffend unser Hallenbad abzuchecken, wo die 1. Etappe ursprünglich - nach Meinung der Bäderbauexperten des Landes - 20 Mio. S kosten hätte sollen. Die Beauftragung erfolgte mit Akzeptanz der Bäderbauexperten mit 27,6 Mio. S. Die endgültigen Kosten haben sich mit 32 Mio. S herausgestellt. Die Architekten und Bäderbauexperten des Landes sind bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, lückenlos nachzuweisen, wie diese Kostensteigerung überhaupt zustande gekommen ist. Die 2. Etappe hätte 24 Mio. S kosten sollen. Derzeit liegen Kosten von 36 Mio. S für die 2. Etappe vor. Es wird also mehrere Etappen geben müssen, und zwar aus budgetären Gründen. Fest steht, daß die Gesamtkosten der Sanierung rd. 80 Mio. S betragen werden, daß 54 Mio. S davon als förderbar im Sinne der Sanierung „Bäderbauprogramm OÖ.“ betrachtet werden können - aus heutiger Sicht bitte sehr.

Sie sehen also, daß rd. 60 Mio. S bei der Stadt hängenbleiben werden. In diesem Zusammenhang sind solche Planungen auch zu sehen, und ich bin froh, daß wir nicht noch, ich weiß nicht, wieviel Millionen S für Planungen, die in Zukunft vielleicht realisiert werden, hier verbraten, sondern daß wir sehr konkret und kurzfristig versuchen, die Planungen auch in die Tat umzusetzen. Darauf kommt es nämlich, glaube ich, unseren Bürgern an. Also absolutes Bekenntnis zu den Aufstiegshilfen. Planung, aber bitte rechtzeitig zu einem Zeitpunkt, wo auch die Umsetzung aus finanziellen Gründen möglich erscheint. So möchte ich das beantworten.

Die nächste Anfrage an mich ist von Frau Koll. Pramendorfer mit Schreiben vom 25. 2. 1998. Ich ersuche die zuständige Referentin, Frau Vizebürgermeisterin Mach, die Anfrage zu verlesen bzw. zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Besucher, werte Presse!

Die Anfrage lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Städte und Gemeinden haben die Verpflichtung, für Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren zu sorgen, um Müttern nach den eineinhalb Karenzjahren den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Die Wichtigkeit derartiger Einrichtungen steht heute außer Frage.

Allerdings hat die Stadt auch die Verpflichtung, mit dem Geld der Bürger so umzugehen, daß es sich bei Problemlösungen um die jeweils beste und billigste Lösung handelt.

Um das verifizieren zu können, stelle ich gem. § 12 Abs. 2 StS i. V. m. § 10 GOGR daher an die für soziale Angelegenheiten zuständige Vizebürgermeisterin Friederike Mach folgende

A n f r a g e :

1. Wie viele Kinder werden derzeit ganz- bzw. halbtags in der Krabbelstube „Kuschelbär“ betreut?
2. Wie hoch sind die dort anfallenden Kosten pro Kind im Vergleich zu den Kosten, die bei den Kindern entstehen, die von Tagesmüttern betreut werden.“

Hiezu kann ich folgendes antworten:

- 1) In der Krabbelstube „Kuschelbär“ werden dzt. 11 Kinder ganztags und 4 Kinder halbtags betreut, wobei lt. Bewilligungsbescheid jeweils max. 10 Kinder gleichzeitig betreut werden.

Von den 15 Kindern sind 13 unter 3 Jahren und 2 erreichen jetzt genau das 3. Lebensjahr und werden mit Beginn des Kindergartenjahres in einen Kindergarten wechseln.

- 2) Die anfallenden Kosten für die Stadt pro Kind und Monat stellen sich wie folgt dar:

Krabbelstube „Kuschelbär“:

Gesamtförderung 1998: S 215.000,-- = S 17.900,-- mtl. = S 1.190,-- pro Kind/Monat (unter Zugrundelegung der dzt. Anzahl von 15 Kindern); ab 1999: Förderung S 350.000,--/Jahr = S 1.940,-- pro Kind/Monat

Ich möchte sagen, daß wir für Herbst schon sehr viele Vormerkungen haben. Wir können leider die Kinder nicht mehr nehmen.

Es freut mich, daß sich die Frauen bzw. meine Kolleginnen von den anderen Fraktionen für Kinderbetreuungseinrichtungen interessieren. Es ist auch wichtig, daß wir sie haben. Hätten wir nicht flexible Arbeitszeiten - jetzt wird ja auch sehr viel von der Sonntagsarbeit gesprochen. Wir müssen uns damit beschäftigen, wenn das so weitergeht, was wir dann nämlich wirklich mit den Einrichtungen machen. Wir stehen jetzt schon so unter Druck. Mein Ziel von Beginn an war ja, eine Vorkindergartengruppe in Steyr einzurichten. Und ich bin stolz darauf, daß es in Verbindung mit den Kinderfreunden gelungen ist, diese Einrichtung heute in Steyr zu haben. Sie wird auch von allen Seiten und von pädagogischer Seite her gelobt. Es ist ein Vorzeigeprojekt und jeder ist eingeladen, das zu besichtigen und anzusehen. Ich glaube, wir sind momentan so weit, daß wir jetzt schon 10 Vormerkungen haben, die wir nicht mehr nehmen können.

Die Tagesmütter kosten uns im Monat 1.900,--/Kind. Wir haben den Antrag für eine Erhöhung im Sozialausschuß durchgenommen. Ich glaube, wir können sagen, daß die Einrichtung in einer akzeptablen Preisklasse liegt und sie uns allen gleich viel wert sein sollen, ob jetzt die Mütter die Kinder in die Tagesstätte, in eine Vorkindergartengruppe oder zu den Tagesmüttern geben. Diese Wahlfreiheit sollte man ihnen lassen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diese Beantwortung. Ich darf bei den Mitteilungen des Bürgermeisters fortsetzen und mitteilen, daß Herr Landesrat Franz Hiesl in seiner Eigenschaft als Straßenreferent mir mitgeteilt hat, daß es ihm leider nicht möglich ist, bei der Errichtung des T-Knotens bzw. des Kreisverkehrs - Einbindung Gußwerkstraße in die Voralpenstraße B 122 - Kostenanteile zu übernehmen. Das ist natürlich bedauerlich. Er akzeptiert aber, daß wir einen Kreisverkehr präferenzieren und wird plangemäß diese Überlegung unterstützen. Im Hinblick auf die von uns geplante Tauschaktivität, Übergabe der Gußwerkstraße, Messerer Straße nach Fertigstellung der Nordspange an den Bund gegen die Haager Straße, meint er, daß das natürlich im Bundesministerium entschieden werden muß, daß es ein großes Entgegenkommen des Bundes ist, wenn sich der Bund das von uns schenken läßt, weil er natürlich nachträglich die Räumungs- und Instandsetzungsarbeiten übernehmen muß. Das trifft natürlich auch für die Haager Straße zu. Ich glaube aber, daß das trotzdem eine recht vernünftige Vorgangsweise ist. Wir werden uns sicher weiter zu bemühen haben, daß dieser Vorgang auch tatsächlich stattfindet, weil es ja schlecht vorstellbar wäre, wenn hier die B 122 nördlich und südlich der Stadt als Bundesstraße nicht funktionieren würde und sie soll auch als Gemeindestraße funktionieren. Wenn wir sie schon im Bundesstraßenquerschnitt errichten - ich meine jetzt die Messerer- und die Gußwerkstraße -, dann sollten wir auch dieser Überlegung, das später dem Bund zu übergeben, treu bleiben. Da werden wir noch einiges an Bemühung an den Tag legen müssen.

Ich möchte noch berichten, daß Unterstützungserklärungen zur Bundespräsidentenwahl bei uns im Haus, im Magistrat, bestätigt werden. In der Zeit von 24. Februar bis 20. März werden solche Unterstützungserklärungen für die Bundespräsidentenwahl bestätigt.

Die jeweilige Erklärung ist vom Unterstützenden persönlich zu unterschreiben, wobei die Unterschrift entweder direkt bei der Fachabteilung für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen persönlich zu leisten ist oder bei Vorlage der Unterstützungserklärung bereits notariell/gerichtlich beglaubigt sein muß. In diesem Fall ist auch noch ein Personalausweis vorzulegen.

Ich darf weiters berichten, daß wir für die Zielgruppe der über 90jährigen, das sind rd. 150 Personen, in unserer Stadt eine spezielle Beratungsaktion in Gang gesetzt haben.

Es wird interessant sein, wie diese neue Service-Aktivität von unseren alten MitbürgerInnen angenommen wird. Wir glauben, daß ein gewisser Bedarf besteht und hier über eine Diplomsozialarbeiterin die Serviceleistungen der Stadt in einer optimalen Weise an diesen Personenkreis herangetragen werden können.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich kundtun, daß im Februar '98 die Arbeitslosenquote 7,7 % betragen hat. Sie ist um 0,2 Prozentpunkte geringer als im Vormonat und um einen Prozentpunkt besser als gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres.

Die Gesamtsumme der Arbeitslosen beträgt immer noch 3.175. Diese verringerte sich allerdings gegenüber dem Vormonat um 2,6 % und gegenüber dem Vorjahr um 10,9 % .

Im Februar 1998 sind 291 offene Stellen gemeldet. Das sind um 50 Stellen mehr als im Vormonat und um 117 Stellen mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Es zeigt sich also, daß sich die positive Tendenz doch deutlich und kontinuierlich fortsetzt.

Unter Pkt. 4 bitte ich sie, die mit den Unterlagen und mit der Einladung zur GR-Sitzung zugegangenen Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen.

Vor Eingehen in die Verhandlungsgegenstände möchte ich eine Umstellung der Tagesordnung insofern vornehmen, als der Tagesordnungspunkt Nr. 20, der irrtümlich Herrn Stadtrat Ing. Spanring zugeteilt wurde, zuständigkeitshalber Herrn Stadtrat Ing. Gunter Mayrhofer zugewiesen wird.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der F vor, den ich ihnen kundgebe, und wo wir dann über die Dringlichkeit debattieren können bzw. abstimmen werden.

DRINGLICHKEITSANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 5. März 1998.

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge folgenden Antrag beschließen:

Die Stadt Steyr wird für die zukünftige Westspange Vorbehaltsflächen ausweisen. Diesbezüglich wird binnen 3 Monaten ein Plan dem Gemeinderat vorgelegt.

Begründung:

- Verkehrskonzept Stickler 1993 (Band 4, Pkt. 5.1.4 - Verlängerung der Nordspange zur Sierninger Straße, siehe Beilage).

- Flächenwidmungsplan ist in Arbeit.

- Streusiedlungen, wie z.B. die Löwengutsiedlung, müssen jetzt schon umfahren werden. Eine rege Planungs- bzw. Bautätigkeit wird eine zukünftige Trassierung der Westspange immer schwieriger machen.

- Logische Anbindung der im Bau befindlichen Nordspange und Entlastung der Seifentruhe/Taborknoten.

- Golfplatzprojekt: Dieses zuletzt in der Öffentlichkeit vorgestellte Projekt wird höchstwahrscheinlich eine zukünftige Westspange tangieren. Nachdem nun die Betreiber eine Forcierung des Projektes anstreben, begründet sich damit die Dringlichkeit.

Dieser Dringlichkeitsantrag steht im Hinblick auf die Debatte über die Zuerkennung der Dringlichkeit zur Diskussion. Ich persönlich würde wie üblich vorgehen und vorschlagen, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, um ihn am Ende der Tagesordnung zu behandeln. Ist das eine akzeptable Vorgangsweise? Wenn ja, dann bitte ich durch Handzeichen dieser Vorgangsweise zuzustimmen und dem Antrag die Dringlichkeit in dieser Form zuzuerkennen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Dem Antrag ist die Dringlichkeit zuerkannt und dieser wird am Ende der Tagesordnung in Behandlung genommen.

Nunmehr können wir in die Verhandlungsgegenstände eingehen. Ich darf hiezu der Kollegin Mach den Vorsitz übertragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BGM. HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 1, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, beschäftigt sich so wie in den Vorjahren mit der Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1997 in das Finanzjahr 1998.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) Fin-120/97 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1997 in das Finanzjahr 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 13. Februar 1998 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in der Höhe von S 6,254.300,-- und im außerordentlichen Haushalt in der Höhe von S 53,245.300,--, in Summe S 59,499.600,--, genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (BEILAGE)

Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau GR Frech, bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse! Es handelt sich hierbei für mich wiederum um einen Sonderfall. Das LIF war bei der Budgeterstellung '97 noch nicht dabei und hat sich deshalb aus Konsequenzgründen beim Nachtragsvoranschlag für '97 der Stimme enthalten und wird das daher auch bei diesem Finanzvorhaben so halten.

Dazu möchte ich aber noch ein paar Anmerkungen bringen. Das eine ist, daß es aufgrund der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung ein Prinzip der Jährlichkeit gibt. Diese Jährlichkeit scheint mir hier etwas zweifelhaft zu sein, und zwar deshalb, weil die Voranschlagsbeträge ihrer Höhe entsprechend zu bemessen wären und eigentlich grundsätzlich nach Ablauf des Finanzjahres für eine Anweisung nicht mehr zur Verfügung stünden. Rein rechtlich ist es zwar kein Problem, nur die Höhe ist für mich schon ein bißchen problematisch. Wenn ich bedenke, daß es im ao. Haushalt um eine Übertragung von 53 Mio. S geht, das heißt, wir sind jetzt dort, daß wir bereits im Prinzip ein Drittel bis ein Viertel immer wieder übertragen, stellt sich hier schon die Frage, ob ein System dahintersteckt, daß man immer wieder Verzögerungen beim Baufortschritt und bei den Lieferungen hat. Hier würde ich mir einfach einmal eine grundsätzliche Diskussion wünschen, weil irgendwo habe ich den Eindruck, daß die Budgetwahrheit, die ein Grundprinzip ist, mehr oder weniger systematisch umgangen wird.

Wie gesagt, ich werde mich hier der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Jährlichkeit hier ist natürlich nicht zweifelhaft. Aber die Größe unserer Projekte bringt es mit sich, daß sie - sowohl was ihre technische Abwicklung als auch ihre Finanzierung anbelangt - über eine Reihe von Jahren oft durchgeführt wird, und das sehen wir uns an. Die großen Projekte sind rein von der Bauzeit her über 2 oder 3 Jahre abzuwickeln. Wenn man Planung und Schlußrechnung mit überlegt, dann kommt man oft auf Zeiträume, die 4, manchmal 5 Jahre umfassen. Es ist die exakteste Vorgangsweise, die einmal präliminierten, freigegebenen und budgetierten Beträge auch wirklich so zuzuordnen und im Zuge der Abwicklung des Projektes auch ins nächste Jahr zu übertragen. Alles andere würde zu einer enormen Unübersichtlichkeit führen.

Sie haben ja in der Beilage, Frau Kollegin, jedes einzelne Projekt aufgelistet, das von dieser Übertragung betroffen ist. Glauben sie mir, es ist die beste Methode, mit diesen Finanzströmen so umzugehen.

Eines ist dazu noch zu sagen. Gerade bei solchen Projekten, die von mehreren Gebietskörperschaften finanziert werden, sind die Überschaubarkeit, Ersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit auch im

nachhinein nur dann gegeben, wenn man das so macht. Da müssen die entsprechenden Mittel des Bundes und des Landes oder in dem Fall der Bundesbahn usw. genauso kommen.

Ich würde schon bitten, die Dinge auch aus dieser Sicht zu betrachten und alle Erfahrungen, die Finanzexperten gemacht haben - auch in anderen Gemeinden und Kommunen -, als zielführend einzuschätzen und nicht zu glauben, man kann das beliebig gestalten, sondern das geschieht im Rahmen der VRV, nämlich jener Verordnung des Bundes, die für alle österr. Gemeinden eben verbindlich ist.

Daher bitte ich sie, meine Damen und Herren, diesem Antrag, der doch recht bedeutsam ist, um überhaupt laufend abrechnen zu können, diese Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung LIF. Danke. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Den nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Punkte, meine Damen und Herren, betrifft die Förderung der Mader Hotelbetriebsges.m.b.H., welche eine Investition zur Modernisierung des Gaststätten- und Hotelbetriebes am Stadtplatz tätigt.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

2) Fin-233/97 Mader Hotelbetriebsges.m.b.H. & Co. KG, Stadtplatz 36, 4400 Steyr;
Gewerbeförderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 17. Februar 1998 wird der Firma Johann Mader Hotelbetriebsges.m.b.H. & Co. KG, Stadtplatz 36, 4400 Steyr, für die im Zuge der Neukonzeption des Hotelbetriebes getätigten Investitionen in der Höhe von S 8,75 Mio. (exkl. MWSt.) zu dem 10-jährigen Darlehen bei der VKB Steyr in der Höhe von S 2,65 Mio. ein 2%iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von 5 Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 206.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VASt 5/7820/756000 Mittel in der Höhe von S 52.000,-- für das Rechnungsjahr 1998 freigegeben.

Ich bitte sie um Unterstützung dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke.
Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Kollegin Mach um ihre Anträge.

BERICHTERST. VIZEBGM. FRIEDERIKE MACH:

Im ersten Antrag geht es um den Verein „Aktion Tagesmütter“ - Jahressubvention für 1998.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

3) Fin-239/97 Verein „Aktion Tagesmütter“; Subventionsansuchen für 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 20. Januar 1998 sowie nach Beschlußfassung im Sozialausschuß wird dem Verein „Aktion Tagesmütter OÖ“ für das Jahr 1998 eine Subvention im Ausmaß von S 1.900,-- pro betreutem Kind und Monat, höchstens jedoch S 500.000,-- insgesamt, gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der Betreuungsdauer und Anzahl der Kinder unter 3 Jahren.

Zu diesem Zweck wird für die Gesamtkosten bei der VSt. 1/4390/757000.4 ein Betrag von S 500.000,-- (Schilling fünfhunderttausend) freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Kollege Oppl. Er war der erste, Herr Kollege Fürweger, sie sind in Vorbereitung.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Zum vorliegenden Antrag bezüglich der Subvention des Vereines „Aktion Tagesmütter“ möchte ich vorweg festhalten, daß wir als sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen werden.

Im Gegensatz zu Frau GR Pramendorfer - und da erlauben sie mir hier bitte meine persönliche Interpretation - sehen wir offensichtlich die Dinge rund um die Problematik der Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren wesentlich anders. Wenn man sich die Formulierung ihrer Anfrage zur Krabbelstube Kuschelbär - übrigens, recht herzlichen Dank für diese kostenlose Werbung, die sie uns hier für unsere Einrichtung in diesem offiziellen Rahmen verschafft haben - anschaut, und ich zitiere sie: „Allerdings hat die Stadt auch die Verpflichtung, mit dem Geld der Bürger so umzugehen, daß es sich bei Problemlösungen um die jeweils beste und billigste Lösung handelt“, weiters fordern sie dann noch eben den Kostenvergleich, interessanterweise nur von der Krabbelstube Kuschelbär, wenn man das so betrachtet, dann muß ich sie fragen: Wie ist das zu verstehen, Frau Kollegin Pramendorfer, wenn sie von der besten Lösung schreiben? Ist nun für sie die beste Lösung die Einrichtung der Tagesmütter? Oder ist für sie die beste Lösung die Einrichtung einer Krabbelstube, wie wir das z.B. in Steyr mit „Kuschelbär“ oder natürlich auch „Drehscheibe Kind“ und in einer etwas anderen Form auch mit Kids & Company haben? Oder haben sie die Fragestellung nur aus diesem Grunde gewählt, weil eben „Kuschelbär“ die Trägerschaft von den Kinderfreunden beinhaltet?

Ich sage ihnen aus vollster Überzeugung und weiß mich da einer Meinung mit meiner Fraktion, für mich sind beide Einrichtungen, sowohl die Tagesmütter als auch Krabbelstuben, in unserer Sozialpolitik nicht mehr wegzudenken.

Wenn Eltern, meistens alleinerziehende Mütter, nach Ablauf der Karenzzeit gezwungen sind, vor allem aus finanziellen Notwendigkeiten wieder in den Beruf einzusteigen, dann sollten sie wenigstens - und die Frau Vizebürgermeisterin hat es auch in ihren Ausführungen bereits gesagt - die Wahlfreiheit haben, ob sie ihre Kinder einer Tagesmutter oder einer Kleinstkinderbetreuung, sprich Krabbelstube, anvertrauen. Egal, ob diese Krabbelstube „Drehscheibe“, „Kuschelbär“ oder sonstwie heißt. Diese Möglichkeit - und so muß ich ihre Aussagen interpretieren - wollen sie offensichtlich, da sie in ihrer Anfrage von der jeweils besten Lösung schreiben, nicht gewähren. Daher nochmals die Frage: Was ist für sie die beste Lösung: Tagesmütter oder Krabbelstube? Für mich kommen sicherlich nur beide Möglichkeiten in Betracht.

Problematisch ist für mich auch ihre Forderung, wie sie sie schreiben, „nach der billigsten Lösung“.

Nachdem ich ihnen nicht unterstellten möchte, daß sie aus parteipolitischem Kalkül hier diese Formulierungen getroffen haben und speziell über die Krabbelstube Kuschelbär eine Anfrage gestellt haben, sondern wie ich glaube, daß die finanziellen Überlegungen bei ihnen tatsächlich im Vordergrund stehen, muß ich auch hier wieder aufs heftigste widersprechen. Für mich sind Kinder keine Ware, die einer beinharten finanziellen Kalkulation seitens einer Unternehmerschaft, in diesem Fall die der Stadt Steyr, unterliegen dürfen, wo dann unter Umständen, wenn man das auch machen würde, als Ergebnis herauskommt, wenn man sich die Anfragebeantwortung von der Frau Vizebürgermeister anschaut, daß es ja dann eigentlich im konkreten Fall heißen müßte, die Krabbelstube „Kuschelbär“ hat eine viel bessere Kopfquote als die Tagesmütter, daher müßte in logischer Konsequenz die Subvention für die Tagesmütter abgewiesen werden. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, kann und darf nicht die Grundlage für unsere Entscheidungsfindung bei derartigen Anträgen sein.

Wir werden in Zukunft vielmehr gefragt sein, Vorkehrungen zu treffen, um den nachweislich steigenden Bedarf für Kleinstkinderbetreuungseinrichtungen, und da meine ich nicht nur Krabbelstuben, sondern selbstverständlich auch die Tagesmütter, abzudecken.

Wenn ich alleine an die laufende Diskussion der Flexibilisierung der Arbeitszeit denke, an Schlagworte wie Samstags- und Sonntagsarbeit - die Frau Vizebürgermeisterin hat das ebenfalls schon angesprochen -, werden wir uns daher auch hier in diesem Gemeinderat überlegen müssen, wie wir in Zukunft als Gemeindevertreter mit dieser Problematik und den für mich sicher fürchterlichen - ich sage das ganz bewußt -, fürchterlichen Liberalisierungsbestrebungen am Arbeitsmarkt, was für mich im Grund genommen die brutalste Ausbeutung von Arbeitnehmern, in erster Linie aber auch von Arbeitnehmerinnen ist, und da brauche ich nur an diverse Lebensmittelketten denken, was das für diese Menschen bedeutet, umgehen. Dabei haben wir aber zu bedenken, daß parteipolitische Überlegungen genausowenig Platz haben, wie eine finanziell enge Denkweise in bezug auf Problemlösungen, vor allem wenn das den Bereich unserer jüngsten Generation betrifft.

Ich ersuche sie daher, diesem vorliegenden Antrag einstimmig die Zustimmung zu erteilen. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich möchte gerne der Kollegin Pramendorfer den Vortritt lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie hat sich aber nicht zu Wort gemeldet. Zuerst wollen sie herausgehen, wenn sie nicht dran sind, jetzt wollen sie wen anderen ausschicken. Das mache nicht einmal ich.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte die Frau Vizebürgermeister nur ganz kurz fragen, sie hat es ja ganz schnell gesagt, warum es eine Dringlichkeit bei so einer Sache gibt. Die zweite Frage, man braucht nur die Kosten ansehen; diese Differenz zwischen den S 1.900,-- pro Kind im Vergleich zu den S 6.260,-- pro Monat. Also wir haben hier eine Differenz von S 4.360,-- an Overheadkosten. Wie setzen sich diese S 4.300,-- zusammen? Ist so eine hohe Differenz wirklich notwendig?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt. Ja. Herr Kollege Kupfer, bitte.

GR Ing. David Forstenlechner trifft um 14.52 Uhr ein.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, wertest Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste! Wir begrüßen das Angebot der Tagesmütter bzw. der Kleinstkindergruppen in Steyr, da sie unbedingt notwendig sind. Das zeigen die Zahlen, das zeigt auch die Akzeptanz.

Es ist ganz wichtig, daß es beide Einrichtungen gibt. Und es gibt für beide Einrichtungen den Bedarf. Ich denke mir auch, daß der Zuschußbedarf für beide Einrichtungen eben mit diesen S 1.900,-- bzw. S 2.000,-- relativ gleich liegt. Meine Frage an die Sozialreferenten: Es wurde in der Anfragebeantwortung der Kollegin Pramendorfer gesagt, daß es bereits jetzt schon 10 Anmeldungen für die Kindergruppe „Kuschelbär“ gibt. Ich weiß persönlich, daß es auch sehr viele Anmeldungen für die Kindergruppe „Kids & Company“, die zweite Kleinstkindereinrichtung, gibt, das heißt, es gibt einen sehr hohen Bedarf und einen Fehlbedarf. Inwieweit gibt es Planungen, nicht nur auf der Ennsleite oder im Bereich „Innere Stadt“, sondern insbesondere für den Bereich Resthof - Tabor eine ähnliche Einrichtung zu schaffen? 2. Inwieweit gibt es Bestrebungen oder wie weit sind die Planungen von dieser ominösen Kindergartenmilliarde, wo scheinbar nur mehr 600.000 Mio. S übriggeblieben sind und wie weit wurden auch diese Gelder von der Stadt angezapft oder könnten angezapft werden.

Wir stimmen diesem Antrag zu und glauben, daß es nicht gut und nicht sinnvoll ist, diese beiden Einrichtungen gegeneinander auszuspielen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Eine weitere Wortmeldung, Frau Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Wortmeldung von Kollegen Fürweger nicht im Raum stehen lassen. Wenn ich sie richtig verstanden habe, haben sie so irgendwo beklagt, daß dem Verein Selbstkosten von S 6.260,-- entstehen und praktisch die Verwaltungs- und Oberheadkosten sehr hoch sind. Habe ich sie da richtig verstanden?

Ich würde mir wünschen, daß sich die Mandatare im Steyrer Gemeinderat, bevor sie sich in die Sitzung begeben, ein bißchen informieren. Hätten sie das getan, dann wüßten sie nämlich, daß es folgendermaßen aussieht: Die Tagesmütter selbst erhalten brutto S 6.650,--/Monat. Das ergibt einen Nettobetrag von S 3.900,-- für eine 40-Stunden-Betreuung. Die Gesamtkosten, die dem Verein entstehen, betragen S 6.650,--. Wenn sie schauen, dem Verein entstehen pro betreuten Kind Selbstkosten in der Höhe von S 6.260,--, so ist das durchaus nicht mit den von ihnen zitierten Oberheadkosten zu begründen, sondern das sind Kosten, die für die Tagesmütter entstehen, weil die auch sozial-, pensionsversichert usw. sind.

Wenn man sich andere Städte anschaut, so beträgt der Zuschuß pro Stadt, beispielsweise in Traun, schon längst bei S 2.100,--, in Leonding bei S 2.000,--. Die Stadt Steyr befindet sich ohnedies darunter.

Ich spreche mich absolut dafür aus, diesen Zuschuß zu gewähren. Ich glaube, es ist auch im Sinne aller berufstätigen Mütter bzw. aller berufstätigen Väter, daß sie die Möglichkeit haben, Beruf und Familie zu vereinen.

Ich würde sie auch bitten, hier in Zukunft eine etwas differenziertere Sichtweise an den Tag zu legen und sich wirklich eingehend zu informieren, bevor sie populistisch auf den Plan treten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Sehe ich nicht mehr. Schlußwort, Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte mich gleich bei der Kollegin Frech bedanken, daß sie mir eine Assistentenbeistellung

geboten hat und ich mir sehr viel zur Aufklärungsarbeit ersparen kann. Eines hat sie vergessen, was mir besonders wichtig ist, daß die Tagesmütter in einem Dienstverhältnis stehen, daß diese Frauen versichert sind, daraus setzt sich der Arbeitgeber-, Arbeitnehmerbeitrag zusammen und auch eine soziale Staffelung.

Ich möchte sagen, wir sind als Stadt Steyr nicht am unteren Limit. Wir haben vor 2 Jahren, also das 2. Jahr, man kann nicht sagen, daß vor einem Jahr die Beträge für Tagesmütter um S 100,-- erhöht wurden; ich habe auch die Liste. Ich weiß, wir sind nicht ganz unten. Es haben Linz, Enns und Traun erhöht, aber wir haben gesagt - im Sozialausschuß haben wir das bereits besprochen -, daß wir das für heuer noch so belassen und wir nächstes Jahr eine Erhöhung um S 100,-- anstellen werden.

Herr Gemeinderat Kollege Kupfer hat auch noch eine Frage gehabt. Wir haben bei den Tagesmüttern noch Kapazitäten frei. Es ist jetzt momentan ein Boom auf die Vorkindergartengruppen. „Kids & Company“ ist ja eine Mischform, „Drehscheibe“ und „Kuschelbär“ sind reine Vorkindergartengruppen, aber Tagesmütterplätze wären noch frei, darum haben wir noch keine Überlegungen angestellt. Wir haben geschaut, daß wir diese Einrichtungen fördern können, weil es entstehen ja Folgekosten.

Eines möchte ich schon noch sagen, wie das auch Kollege Oppl gesagt hat, wenn wir einmal über Ware sprechen, daß man sagt, Kinder sind keine Ware, wir sollen alle nicht auf die Idee kommen, daß man Kinder mit einer Ware vergleicht. Das ist mir ganz wichtig.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Das war das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 3) „Aktion Tagesmütter.“ Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 4 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön.

In meinem nächsten Antrag geht es um den 3. Vertrag, um die Errichtung eines Kindergartens im Stadtteil Münchenholz, Abschluß eines Mietvertrages. Wir haben eine Bindung an den Kauf- und Baurechtsvertrag.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) Präs-685/96 Errichtung eines Kindergartens im Stadtteil Münchenholz; Abschluß eines Mietvertrages

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 28. Januar 1998 wird dem Abschluß eines Mietvertrages mit der Wohnungsanlagen GesmbH über die spätere Anmietung des zu errichtenden Kindergartens Münchenholz, Konradstraße, zu den im vorstehenden Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Gleichzeitig wird zur Bezahlung des Kaufpreises für den Ankauf der zur Errichtung des Kindergartens notwendigen Grundfläche und der zu erwartenden Steuern, Abgaben und Gebühren ein Betrag von S 3,330.000,-- (drei Millionen dreihundertdreißigtausend) bei der VA-Stelle 5/4200/010200 freigegeben.

Ich ersuche auch um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil, bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Besucher! Wir haben hier heute den 3. Vertrag mit einem Kinderheim bzw. mit einem Kindergarten. Die Eigentumsverhältnisse sind so, daß das Grundstück der WAG gehörte. Die Stadt Steyr kauft es, gibt es dann wieder mit Baurechtsvertrag an die WAG retour und wir mieten es dann wiederum von der WAG. Diese Konstruktion erscheint beim 1. Eindruck etwas verworren, auch der 3. Vertrag scheint so zu sein, wie wenn hier keine konsequente Handlung dahinterstehen würde. Aber bei genauer Betrachtung muß ich gestehen, daß gewisse Vorteile aus dieser besonderen Finanzkonstruktion durchaus zu lukrieren sind. Das heißt, es ist eine moderne, andere Form einer Finanzierung von öffentl. Gebäuden. Aber 2 Punkte sind schon hier, die das Ganze nicht so süß schmecken lassen, wie es eben die Speise verspricht.

Was mir ganz besonders am Herzen liegt zu sagen, ist eben, daß mit der Errichtung dieses Gebäudes der Gestaltungsbeirat ganz elegant umgangen wird. Hier wird kein Architektenwettbewerb gemacht. Es wird die Planung frei Hand der WAG gegeben und die gibt es frei Hand ihrem Hausarchitekten und hier wird geplant. Die Stadt hat nur marginalen Einfluß darauf. Wir haben einen Beschluß gefaßt, daß sämtliche öffentliche Gebäude dem Gestaltungsbeirat vorzulegen sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Den Beschluß kenne ich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das zweite ist ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wo steht der Beschluß?!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben wir hier im Gemeinderat ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nein, nein! Der ist mir nicht bekannt.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn StR. Gunter Mayrhofer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich zeige ihnen das, Herr Mayrhofer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das interessiert mich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben wir von Salzburg übernommen, so wie das ist. Da waren sie noch nicht dabei. Das zweite ist, daß die Stadt Steyr mtl. S 112.114,-- an Mietkosten zuzüglich Betriebskosten, zuzüglich Bewirtschaftungskosten, in welcher Höhe das auch immer sein wird, plus Umsatzsteuer der WAG nun überweisen muß. Es ist eine Form des Leasings, aber wir müssen schon bei aller positiven Betrachtung des gesamten Projektes schon sagen, wir nehmen unseren Kindern die Zukunft vorne weg. Die finanzielle Zukunft nehmen wir auch unseren Nachfolgern hier im Gemeinderat vorne weg. Früher und bis dato war es schon so, wenn ein öffentliches Gebäude errichtet worden ist, dann hat man das entweder bezahlt, sofern man Geld gehabt hat, oder man hat eine Kreditaufnahme gemacht. Heute wird der Kaufpreis bzw. werden die Errichtungskosten eben über 20 Jahre verteilt. Das ist eine besondere Form einer modernen Finanzierung, der ich durchaus etwas abgewinnen kann. Das habe ich ja gesagt. Nur müssen wir wissen, welche Konsequenzen das

in der Budgeterfassung der nächsten Jahre haben wird. Mindestens die nächsten 3 Gemeinderatsperioden werden mit diesen Miet- bzw. Leasingkosten belastet sein. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet, Herr Kollege Keiler.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Sehr geehrter Stadtsenat, werte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Antwortgebend auf die Wortmeldung des lieben Dr. Pfeil darf ich...

Gelächter

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

- unbestritten - replizieren, daß man davon ausgehen kann, daß das Gebäude, das für diesen Zweck errichtet wird, der Gebäudelandschaft des Stadtteiles Munichholz angepaßt sein wird.

Auf den zweiten Vorwurf hin darf ich anführen, daß der Stadt es wahrscheinlich nicht möglich wäre, die 27 Mio. S Errichtungskosten auf eine andere Art und Weise auf die Füße zu stellen und eine andere Konstruktion als diese das Projekt nicht möglich machen würde.

Außerdem ist mir der Unterschied zwischen der Aufnahme eines Kredites und über 20 Jahre diese S 27 Mio. so zurückzuzahlen, nicht erklärlich, als über diese gekonnte rechtliche Konstruktion mit einem etwas hohen Bestandsmietzins die Kosten zu erledigen. Was die Kosten für die Stadt betrifft, ist das kein Unterschied.

Dann darf ich darauf eingehen, was prima facie vielleicht ein Problem des Mietvertrages darstellen könnte, nämlich die Unbefristung dieses Vertrages. Das darf ich damit rechtfertigen, daß für einen unbefristeten Mietvertrag nur 3 % des Jahresmietzinses, der mit S 112.000,-- geschätzt wird, an das Finanzamt für Gebühren- und Verkehrssteuern abzuführen ist, und das wären im ggst. Fall geschätzte S 40.000,--.

Falls aber, um es an den Baurechtsvertrag zu binden, der vorbehaltlich des Abschlusses dieses Mietvertrages vom Gemeinderat ja schon voriges Jahr beschlossen wurde, eine 20-jährige Befristung gewählt wird, dann würden die Kosten, die an das Finanzamt abzuführen sind, sich auf rd. S 270.000,-- belaufen. Schon diese Ersparnis von S 230.000,-- rechtfertigt diese Nichtbefristung dieses Vertrages. Deswegen werden wir auch diesem Mietvertrag in der vorliegenden Fassung zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ja. Frau Kollege Frech, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer! Selbstverständlich begrüße auch ich die Errichtung eines Kindergartens im Stadtteil Munichholz. Das steht völlig außer Zweifel, nur geht es hier um den Abschluß dieses Mietvertrages. Und da bin ich eigentlich nicht mehr besonders glücklich.

Es ist schon in den hinteren Zuhörerreihen so ein bißchen aufgetaucht: Ja bitte, warum bauen wir diesen Kindergarten nicht selbst? Warum mieten wir ihn um immerhin rd. S 135.000,--? Die Steuern müssen sie auch dazurechnen. Ich darf sie daran erinnern, wir als Stadt sind nicht vorsteuerabzugsberechtigt, das heißt, die Miete wird S 135.000,-- zuzüglich der gesamten Kosten, die noch an Bewirtschaftungs-, Betriebskosten usw. auftauchen werden, ausmachen. Dazu möchte ich ganz einfach anmerken, daß hier scheinbar etwas System greift. Warum ist es zu dieser Regelung gekommen? Ich habe mich damit etwas auseinandergesetzt. Da gab es ein Grundstück, das gehört der WAG. Dieses Grundstück bekommen wir nicht so einfach, wenn nicht zugleich auch die WAG dort bauen darf. Damit haben wir aber einmal eine Ausschreibung umgangen. Und hier sehe ich eigentlich das große Problem. Wir haben jetzt keine Vergleichsmöglichkeit mit einem anderen Anbieter, das heißt, ich gehe nicht davon aus, daß es der günstigste Bau werden wird, der möglich

ist, und glaube schon, daß man die Kosten in diesem Haus erwähnen sollte. Das nächste ist: Ich würde mir wünschen, daß in Zukunft bei Projekten auch Folgekostenberechnungen stattfinden und ich nicht einfach nur lese, es werden Folgekosten von, von, von auftauchen, aber nirgendwo eine Höhe. Das Land OÖ. ist in dieser Hinsicht schon ein gewisser Vorreiter, weil die machen inzwischen Folgekostenrechnungen. Sie weisen diese Folgekosten auch im Budget aus. Ich würde auch gerne in dieser Stadt einmal anregen, daß diese Folgekosten im Budget auftauchen. Kindergärten haben im Schnitt Folgekosten von 33 %, auch das möchte ich ganz gerne in Zukunft in einem Amtsbericht lesen.

Abschließend hätte ich noch eine Frage an die zuständige Frau Vizebürgermeister, und zwar: Mich würde interessieren, gibt es eine Überlegung, eine Berechnung dazu, wieviel ein Kindergartenplatz dort kosten wird? Nicht, wieviel er für denjenigen, der ihn in Anspruch nimmt, kosten wird, sondern wie hoch die Kosten sind, die von der Stadt Steyr in Zukunft zu tragen sein werden, daran schließt sich nämlich für mich an, müssen wir eigentlich weiterhin diesen Weg gehen, daß wir als Stadt Kindergärten betreiben und soll man nicht eher vielleicht Vereine, die das machen, mehr fördern, was wir zum Teil ja auch schon tun bzw. auch Kindergärten, die zum Teil günstiger geführt werden, wie auch beispielsweise über die Caritas?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Kollege Kupfer, bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön langsam habe ich den Eindruck, daß dieser Kindergarten in Münchenholz nicht gewollt ist und man generell diesen Kindergartenneubau in Frage stellt. Wenn man die Platzverhältnisse und die Situation des Kindergartens in der Leharstraße kennt, dann denke ich mir, ist jede Diskussion darüber und wie die hier abgeführt wird, wirklich sehr, sehr zu hinterfragen. Wenn wir jetzt beginnen zu diskutieren, wie hoch die Folgekosten eines Kindergartenplatzes sind, dann hört sich für mich die Diskussion auf. Dieser Kindergarten ist unbedingt notwendig. Er muß gebaut werden. Er ist schon seit langem geplant und auch im Stadtentwicklungskonzept auf dieser Fläche drinnen.

Was ich anregen möchte, ist diese Gebäudelandschaft, die vom Kollegen Keiler angesprochen wurde. Es wird schon stimmen, daß dieser Kindergarten sich in die Gebäudelandschaft des Stadtteiles Münchenholz anpassen wird oder angepaßt werden kann, aber es hängt nicht nur von der Gebäudelandschaft ab, es geht auch darum, wie man diesen Kindergarten gestaltet.

Ich weiß nicht, wie weit die Diskussionen sind, wie dieser Kindergarten ausschauen soll und wie weit die Planungen der WAG sind. Aber ich würde doch anregen, daß man sehr stark auch von der Stadt aus Einfluß übt, daß diese Planung dort, wenn nicht mit einem Wettbewerb, ausgeführt wird. Meine Frage - und da kann ich auch Vizebgm. Dr. Pfeil unterstützen, daß dieses Projekt unter Umständen schon einem Wettbewerb unterzogen werden könnte: Wie weit sind bitte die Planungen? Gibt es da schon ein fertiges Projekt, um das auch derzeit schon überprüfen zu können?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Zweite, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Weil wir mitten in einer Kindergartendiskussion sind, von unserer Fraktion stellt natürlich das Projekt im gesamten in Münchenholz niemand in Frage. Es ist hier Nachholbedarf, abgesehen vom Plenkbergkindergarten, gegeben. Aber es ist auch Nachholbedarf in anderen Bereich da. Ich habe das vor einigen Jahren auch von dieser Stelle aus zur Diskussion gebracht: Caritas Kindergarten Münchenholz. Erfreulicherweise hat sich dann etwas getan.

Nur jetzt stellt sich die Frage, weil wir eben von der öffentlichen Hand in unseren städt. Kindergärten pro Kind einen Zuschußbedarf von etwa S 30.000,-- haben, jeder private Anbieter - die meisten sind es - ist viel besser in der Lage, das günstiger zu gestalten.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das stimmt ja nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sind Zahlen, die stimmen. Das haben wir auch hier ausdiskutiert. Deshalb wäre es auch wichtig, daß wir alle anderen privaten Kindergartenanbieter auch gleichermaßen unterstützen bzw. ihre Probleme nicht auf die lange Bank schieben. Akuter Notfall im Moment: Waldorfkindergarten. Wenn die Stadt hier nicht bald eine Tathandlung setzt, wird es den Waldorfkindergarten in ein bis zwei Jahren nicht mehr geben. Ich denke, das wäre schade für Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Kollegin Großalber, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Presse! Immer wenn es um die Kosten geht, werde ich zornig und wütend, wenn es heißt, „wir Steyrer“ und „wir Magistratskindergärten“ sind um so vieles teurer als private Kindergärten usw. Soweit meine Informationen reichen, gibt es gerade bei uns in Steyr sehr viele Tagesstättengruppen. Welche privaten Anbieter führen Tagesstättengruppen? Kindergarten ist nicht gleich Kindergarten - oder doch? - wie man es will. Aber eine Tagesstättengruppe hat nun einmal von 6.30 Uhr bis 18.00 Uhr abends offen. Es wird mehr Personal benötigt, die Kinder brauchen intensivste Betreuung, weil sie weniger Zeit zu Hause verbringen. Gerade auf die Magistratskindergärten oder städt. Kindergärten können wir wirklich sehr stolz sein. Das ist auch unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Vorzeit zu verdanken. Es sind Beträge beschlossen worden, daß die ganzen Betriebe renoviert werden und sie sind durchaus am neuesten Stand.

In Münchenholz ist es halt so, daß gerade die Puschmannstraße und die Leharstraße völlig überalterte Betriebe sind. Gerade da unten, ich kann das sagen, weil ich dort arbeite, ist der Bedarf sehr groß und sie gehören auf den neuesten Stand gebracht, und das kostet Geld. Kinder sind unsere Zukunft. Und wenn sie das uns nicht wert sind, ich weiß es nicht, dann sind wir falsch am Platz. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine Wortmeldung mehr? Schlußwort, Frau Referentin bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bin ganz verwundert über die Kindergartendiskussion, wo es eigentlich um den letzten Vertrag, wo schon 2 bereits beschlossen wurden, geht. Eines möchte ich auch in diesem Kreis feststellen, ein jeder der Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates glaubt, er sei überall ein Fachmann oder eine Fachfrau. Wir müssen uns auch bewußt sein, daß wir nicht alles verstehen können, darum hat man auch externe Berater zu diesem Vertrag beigezogen. Wir haben uns mit dem Steuerberater Dr. Schwarz, mit unserer Finanzabteilung und Dr. Schmoll/Rechtsabteilung zusammengesetzt, damit das wirklich Hand und Fuß hat.

Ich bin wirklich überrascht und möchte jetzt - mir liegt das schon so lange am Herzen - meine Großmutter zitieren, die bei uns gewohnt hat, sie ist 1880 geboren. Sie hat immer gesagt hat: „Wenn einer glaubt, er ist zu g'scheit, dann sollst ihm sagen, zwei werden nicht draus.“

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schön langsam kommt mir das auch so vor. Wir haben bitte Fachleute. Wir müssen uns auf die verlassen, daß die Verträge funktionieren und auch umgesetzt werden können. Wir haben auch

externe Berater beigezogen. Ich würde mir nie erlauben zu sagen, da sind die Fehler, das paßt da nicht. Ich bin kein Jurist und auch kein Steuerberater, also brauche ich Berater. Die brauchen wir heute überall. Weil mich Herr StR. Eichhübl so ansieht, ich würde ihnen auch in der Reparatur eines Fahrzeuges nicht dreinreden, weil ich es nicht verstehe. Ich ersuche, daß wir da so viel vertrauen haben und man da herinnen nicht allwissend ist. Das sollten alle einmal zur Kenntnis nehmen.

Was die Kindergärten anbelangt, hat die Kollegin, die bei uns im Kindergarten arbeitet, Stellung genommen. Ich bin auch angesprochen worden. Pro Kind leisten wir einen Zuschuß von S 2.300,-- im Monat. Kindergarten- und Hortkind: S 2.560,--.

Eines möchte ich noch sagen, die Öffnungszeiten bei uns dürfen wir auch nicht vergessen. Ein Betrieb, wo über 1.200 Kinder den Kindergarten besuchen, ist anders zu führen als mit 70 Kindern. Ich brauche auch ein Reservepersonal. Wenn jemand krank ist, kann ich nicht sagen: „Kinder, geht nach Hause.“ Das muß man auch mit einkalkulieren. Ich kann nicht sagen, heute sind alle krank, heute habe ich niemanden. Eine Reserve muß einkalkuliert werden.

Zu sagen, daß wir bei den Caritas Kindergärten nicht unterstützend sind, ist nicht richtig. Ich bin sogar nach Linz gefahren und habe mit dem Landeshauptmann geredet. Er trägt zwar den Namen Caritas, aber die Caritas hätte keinen Schilling zu den 1/9 zugesprochen. Am Umbau ist das gescheitert. Es hat sich die Stadt beim Umbau des Caritas Kindergartens Münchenholz bereit erklärt, 1/3 zu übernehmen. 1/3 hat das Land zugesagt zu übernehmen und 1/3 setzt sich aus der Diözese und der Caritas zusammen. Was war dann? Alles war in Bahnen. Die Caritas hat dann gesagt, sie hat kein Geld, sie kann das 1/3 nicht dazugeben. Wie das Gespräch beim Herrn LH war, habe ich ihn ersucht, der Caritas die 1,3 oder 1,4 Mio. S, das ihr zum Umbau abgeht, dazuzugeben. Vom Vorstand der Pfarre war am Sprechtag jemand bei mir und hat gesagt, daß sie bereits geschrieben haben. Der Herr Landeshauptmann hat ihnen zurückgeschrieben, er hat das zugesagt und dem LR Leitl weitergegeben, damit das in Ordnung geht. Auch der Caritas Kindergarten in Münchenholz wird umgebaut werden.

Ich mag auch nicht, daß man sagt, der eine ist schlecht und der andere ist gut. Für mich sind alle Einrichtungen gleich wichtig und wertvoll. Wir brauchen sie. Wir sind auch bei allen ausgebucht. Ich würde schon ersuchen, das zu verstehen, daß sehr viel Pädagogisches in unseren Kindergärten gemacht wird. Wir sind die ersten in OÖ., wo mit der GKK die gesunde Haltung gemacht wird. Das findet nirgends statt. Das ist ein Pilotprojekt, das die GKK unseren Kindergärten zur Verfügung stellt.

Was die Vorwürfe betreffend Waldorfkindergarten anbelangt, muß ich schon folgendes dazusagen: Als das Schloß verkauft wurde, ist dem Waldorfkindergarten von Dr. Schubert sein Haus angeboten worden. Der Waldorfkindergarten hat das Angebot abgelehnt, weil es nicht mitten in der Stadt ist. Bitte, ich bin kein Makler und suche Räumlichkeiten. Ich habe geschaut, daß im Budget Geld für die Übersiedlung vorhanden ist. Räumlichkeiten kann ich nicht zur Verfügung stellen. Ich habe mich bemüht, in der Nähe eine Wohnung anzubieten. Sie war leider zu klein. Ich weiß nicht, wo ich Räumlichkeiten hernehmen soll? Diese Vorwürfe möchte ich nicht im Raum stehen lassen, weil die sind ungerecht. Wenn die heute um eine Subvention kommen, ist das ganz was anderes.

Ich würde alle ersuchen, daß sie hinter dem Kindergarten stehen, und jeden möchte ich einladen, schaut euch den Kindergarten Puschmannstraße an, dann würdet ihr sagen: Jawohl, es ist äußerst wichtig, daß dieser Kindergarten gebaut wird!

Nun ersuche ich den Bürgermeister um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu möchte ich noch eines sagen. Man muß sich schon die ganze Historie vor Augen führen. Es ist eine kleine Meisterleistung, die wir vollbracht haben. Es ist heute von der Kindergartenmilliarde die Rede gewesen, die nur S 600 Mio. ausmacht. Es war ein Gespräch mit Frau Minister Konrad. In ihrer Zeit ist das beschlossen worden. Wir haben mit ihr anläßlich eines Zusammentreffens bei der Frauenstiftung geredet, haben ihr die Probleme gerade in Münchenholz erklärt. Und es gab ein Grundstück von der WAG. Da haben sie schon recht, Frau Kollegin Frech. Wenn einer ein

Grundstück hat, dann hat er eine starke Position und kann sagen, ich verkaufe es oder ich verkaufe es nicht. Es ist nicht nur so, daß es ein Grundstück der WAG war, sondern es gab dort auch einen Bebauungsplan. Es war dort eine Wohnbebauung vorgesehen. Alles das, hat kurzfristig unter einen Hut gebracht werden müssen, damit wir an dieser befristeten Kindergartenmilliarde, die nur 600 Mio. S ausmacht, überhaupt teilhaben können. Das heißt also, wir haben ein Förderszenario, das nur kurzfristig wie ein Fenster ein gewisse Zeit offensteht und wo eine 50 %ige Förderung - Land und Bund zusammen bitte sehr - möglich erscheint. An dem wollten wir teilhaben, daher war ganz kurzfristig eine Planung auf den Tisch des Hauses zu bringen, sie dem Land OÖ. zu übermitteln, dafür zu sorgen, daß diese Planung auch nach Wien kommt, um an dieser Förderung teilhaben zu können. Das war im ersten Anlauf nicht möglich, obwohl wir die technischen Voraussetzungen, nämlich mit Hilfe der WAG, geschaffen haben, weil das Land OÖ. im ersten Anlauf unser Anliegen, nämlich diesen Kindergarten, über den wir heute Beschluß fassen sollen, nicht nach Wien geschickt hat. Es war daher notwendig, bei der Frau Bundesminister zu intervenieren, was die Kollegin Mach und ich getan haben. Wir haben gesagt: Schieben im Land, ziehen vom Bund. So haben wir das im 2. Anlauf überhaupt nach Wien bekommen. Und jetzt ist die Förderung drüben. Jetzt geht es natürlich darum, daß wir das auch wirklich umsetzen. Wir wollen uns nicht am Gestaltungsbeirat vorbeiswindeln. Aber bitte sehr, Münchenholz steht fast unter Ensembleschutz - fast. Es wird natürlich nicht anders möglich sein als hier konform mit diesem Ensemble, dort auch den Kindergarten am Rand von Münchenholz zu bauen. Natürlich haben wir Einfluß darauf, weil die Bauverhandlung ja mit unserer Behörde abgewickelt werden muß, und das wird in dieser Weise geschehen. Jetzt haben wir auch noch eine geeignete Finanzierung unter Berücksichtigung der steuerlichen Aspekte darzustellen und zu schauen, daß wir die Geschichte nicht EU-weit mit weiß Gott wieviel Bewerbungen, die das nämlich zeitlich hinauszögern, transportieren müssen, sodaß wir aus diesem Grund wieder aus der Förderkulissee hinausfallen würden. Das alles ist geschehen. Viele Mitarbeiter des Magistrates haben sich sehr bemüht. Die politisch zuständigen Funktionäre haben interveniert, geschoben und gezogen. Jetzt steht das zur Beschlußfassung und jetzt debattieren wir über Folgekosten von Kindergärten. Seid mir nicht ungehalten, wir wissen das ganz genau. Wir brauchen nur hergehen, unsere Gesamtkosten Kindergärten durch unsere Kinder dividieren, dann haben wir die Kosten. Und natürlich budgetieren wir das alle Jahre wieder, weil wir ja mit den Kosten im nächsten Jahr rechnen. So schaut die Welt am Kindergarten Sektor aus. Ich glaube, daß wir gut aussehen. Es gab nämlich und gibt einen Puschmannstraßenkindergarten. Der ist aus einer Zeit, die schon lange hinter uns liegt und nicht mehr dem Kindergarten gesetz OÖ. entspricht. Dieser Puschmannstraßenkindergarten wird mit diesem Kindergarten, der besonders gefördert wird, ersetzt. Daher, meine Damen und Herren, kann es uns allen miteinander nur leichtfallen, aufzuzeigen. Darum bitte ich jetzt. Abstimmung. Wer ist dafür? Danke sehr. Eh alle dafür! Was soll denn die Debatte? Ist jemand dagegen? Nein. Einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nr. 5.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In meinem nächsten Antrag geht es um die alljährliche Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1998.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) SH-105/98 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:
Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1998 wird der Betrag von S 800.000,-- (Schilling achthunderttausend) aus den bei der VAST. 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 12.02.1998 durchzuführen. Die stadträtliche Referentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche auch um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster Antragsteller ist Kollege Bremm. Ich übergebe den Vorsitz an die Kollegin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz.

BERICHTERST. STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Antrag von Vereinen und Empfehlung des Stadtsportausschusses soll an folgende Personen das Sportehrenzeichen verliehen werden.

6) Sport-5/97 Sportehrenzeichenverleihung 1997/98

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 26. Jänner 1998 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1 der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet oder sich auf dem Gebiete der Körperkultur (Erziehung, Unterricht, etc.) besondere Verdienste erworben und das 50. Lebensjahr erreicht haben.

1. **BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR**, Jahrgang 1941 - ATSV „Vorwärts“ Steyr bzw. ASKÖ-Bezirk Steyr im Sportwesen der Stadt Steyr tätig seit 1972 (vorher in Neuzeug seit 1956)

1972 - 1976 Sportleiter-Stellvertreter - ASKÖ Bezirk Steyr

1972 - 1974 Sportausschuß - ASKÖ OÖ.

1972 - 1981 Beirat-ASKÖ Bezirk Steyr

1978 - 1990 Präsident ATSV Steyr

1981 - 1986 Obmann-Stv. - ASKÖ Bezirk Steyr

1988 - 1990 Mitglied des Stadtsportausschusses

1990 - 1995 Stadtsportreferent

seit 1986 Obm. des ASKÖ Bezirkes Steyr und Präsidiumsmitglied d. ASKÖ OÖ.

2. **JOHANN BUMBERGER**, Jahrgang 1931 - ASV Bewegung Steyr

1969 - 1972 Schriftführer Sektion Stockschiützen ATSV Steyr
seit 1972 Kassier Sektion Stockschiützen des ASV Bewegung Steyr

3. OTMAR PÖTSCH, Jahrgang 1947 - ASKÖ Schwimmclub Steyr

1969 - 1996 Kassier ASKÖ Schwimmclub Steyr
seit 1996 Obmann Stellvertreter ASKÖ Schwimmclub Steyr

4. JOHANN WOLKERSTORFER, Jahrgang 1945 - Österr. Turn- und Sport-UNION Steyr

1972 - 1997 Sektionsleiter des UNION-Tennisclubs Steyr
seit 1980 Obm.-Stellvertreter der Österr. Turn- und Sport-UNION Steyr
seit 1980 Mitglied des Stadtsportausschusses
1980 - 1986 Verbandskapitän des OÖ. Tennisverbandes

5. FRANZ GRÜNER, Jahrgang 1931 - Österr. Turn- und Sport-Union Steyr

1964 - 1970 Sektionsleiter Fußball
1971 - 1996 Sektionsleiter Stockschießen
seit 1997 Sektionsleiter-Stv. der Stockschiützen

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE

Gemäß III A/3 der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in bronzener Ausführung für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb für die dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, jeweils in der gleichen Sportart, verliehen.

ALFRED PLOBERGER, Jahrgang 1932 - ASKÖ Steyr Windsurfclub.
Er wurde 5mal Stadtmeister im Windsurfen, und zwar in den Jahren 1989, 1990, 1991, 1992 und 1995. Weiters konnte er in den Jahren 1992, 1995 und 1996 jeweils den Titel eines ASKÖ-Landesmeisters erringen.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen die Ehrung? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Der SK Vorwärts Steyr hat um Gewährung einer ao. Subvention für die Tribünenüberdachung angesucht. Sie wurde ja schon im vergangenen Herbst ihrer Bestimmung übergeben. Da kein Geld im Budget vorhanden gewesen ist, haben wir im heurigen Budget Mittel vorgesehen.
Ich würde ersuchen, diesen Bau mit S 300.000,-- zu unterstützen.

Wie in den vergangenen Jahren soll auch hier die Vorgangsweise so gewählt werden, daß dieser Betrag an die RAIKA Sierning überwiesen und zur Abdeckung der Darlehensmittel, für die ja die Stadt haftet, verwendet wird.

7) Fin-4/98 SK Vorwärts Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention für die Tribünenüberdachung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 22. Jänner 1998 wird dem SK Vorwärts Steyr für die Tribünenüberdachung eine außerordentliche, einmalige, nicht

rückzahlbare Subvention von S 300.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel von S 300.000,-- (i.W. Schilling dreihunderttausend) werden bei der VSt. 1/2690/777000 freigegeben.

Die Auszahlung des o.a. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnung.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Danke. Herr Kollege Stieglitz.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse, sehr geehrte Besucher! Vorwärts Steyr ist ein Traditionsverein mit beinahe über 700 Mitgliedern. Vorwärts Steyr ist ein riesen Werbeträger für die Stadt Steyr. Ich denke nur an die großen Erfolge, die man mit Vorwärts Steyr gehabt hat, nicht nur in Österreich, sondern auch als Vertreter im UI-Cup gegen Frankfurt oder Straßburg. Der Club Vorwärts Steyr ist ein Bundesligaverein, 2. Bundesliga, und ist durch die Entwicklung der österr. Fußballbundesliga immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Grund dafür ist, daß die Vereine jetzt schon wie Firmen geführt werden und der Versteuerung unterliegen. Die Clubs müssen Gewerkschaftsbeiträge zahlen. Es müssen sämtliche Spieler sozialversichert werden. Das sind riesige Belastungen für so einen Bundesligacub, wie wir ihn in Steyr haben.

Jetzt kommt auf die Vorwärts Steyr ein weiteres Problem. Die österr. Bundesliga plant, auf einen Jahreskalenderspielbetrieb umzustellen. Das bedeutet wie in Schweden oder Norwegen, daß das ganze Jahr gespielt werden soll.

Ich kann nur eines sagen, daß der Club und Vorstand von Vorwärts Steyr sich entschlossen haben, die Stehplatztribüne zu überdachen, ist eigentlich eine ganz gute Sache. Das kann ich nur begrüßen. Es ist ein Service für den Fan und der wird das dann auch honorieren. Ziel muß aber sein, daß Vorwärts Steyr sich dahingehend saniert, daß sie wie eine eigenständige Firma positiv bilanziert. Das ist möglich. Es gibt Vereine in Österreich, die positiv bilanzieren. In Deutschland hat man das auch gesehen. Es geht.

Fixe Einnahmequellen dieses Vereines sind eben die Eintrittskarten. Und die Fans kommen nur, wenn man ihnen ein Ambiente, und das hat man geschaffen, bietet. Man sollte sich überhaupt in Zukunft überlegen, den Werbeträger Vorwärts Steyr auch zu einem starken Stück Steyr zu machen. Und nicht, daß wir in der 2. Division spielen, sondern daß wir auf längere Sicht wieder dort hinkommen, wo wir auch hingehören. Eines möchte ich dann noch anmerken, wenn die Stadt Steyr in das Stadion investiert, dann sollte das Stadion auch viel mehr für die Öffentlichkeit geöffnet werden. Sprich: Veranstaltungen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sendemasten!

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Dazu kommen wir noch. Die Stadt Steyr sollte vor allem mit dem Kulturressort, mit dem Stadion kooperieren, daß man Konzerte und viele andere Veranstaltungen in dieser Stätte macht. Schließlich und endlich investieren die Steyrer Bürger da oben ihr Geld mit den Subventionen.

Herr StR. Mayrhofer hat es schon angesprochen: die Sendemasten. Es geht nicht, daß der Gemeinderat eine Verordnung trifft, die sich auf GSM-Masten bezieht, und der Club Vorwärts Steyr willkürlich die GSM-Sendemasten dort aufstellt. Also das geht nicht. Wenn die Stadt Steyr dort oben

schon etwas subventioniert, dann sollte auch die Vorwärts Steyr mit dem Gemeinderat, mit dem Bürgermeister und mit dem Stadtsenat zusammenarbeiten.

Verschiedene Zwischenrufe: Sollte!

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Jetzt kommen wir noch zu einem ganz wichtigen Punkt. Vorwärts Steyr ist ein traditioneller Steyrer Verein. Es ist ein Club, wo unsere Jugend, wo unsere Kinder Sport betreiben. Den Weg, den die Vorwärts Steyr zur Zeit geht - ich habe mir heute ein Bundesligajournal ausgehoben, und da muß ich einmal schauen, wieviel Steyrer wir eigentlich noch in dieser Mannschaft haben. Im Mittelfeld spielt eigentlich nur mehr ein Enwar Androwitsch, ein Goran Djuritschin, Dragan Isomowitsch; im Angriff haben wir einen Gordan Kopak. Ich muß sagen, die Vorwärts Steyr sollte wieder ein Club werden, wo sich auch die Steyrer und die Fans mit dem Verein assoziieren können. Es ist sicherlich nicht angenehm, wenn der ORF einen Sportbeitrag bringt, wo man fragt, kennen sie eigentlich das Mittelfeld von Vorwärts Steyr und die sagen: Ja, „Itsch“, „Itsch“, „Tschitsch“...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

„Stieglitsch!“

Gelächter

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Vorwärts Steyr sollte wieder ein Verein werden, wo auch Steyrer Jugendliche die Möglichkeit bekommen, einen Sport auszuüben und sie auch gefördert werden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich gebe den Vorsitz wieder dem Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Payrleithner ist als nächster am Wort.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es wäre sehr verlockend, jetzt eine Grundsatzdiskussion darüber abzuhalten, wie das Verhältnis der Gemeinde zur SK Vorwärts in Zukunft sein soll. Nach allem Abwiegen der Für und Wider hat sich unsere Fraktion, nachdem ja bekannt ist, daß wir gewisse Dinge im Zusammenhang mit der Vorwärts durchaus skeptisch und kritisch sehen, durchgerungen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen, weil es wahrscheinlich unterm Strich langfristig die vernünftigere Lösung sein wird, da wir ja ansonsten für die Haftung herangezogen werden und es auch im Interesse der Stadt liegt, daß dieser Verein langfristig erhalten bleibt.

Ein interessanter Aspekt wäre noch zu behandeln, den uns vielleicht der „halbillegale“ Prüfungsausschußvorsitzende beantworten kann, nachdem in der Vergangenheit immer wieder die Diskussion im Prüfungsausschuß war, wie sich die Vorwärts an Beschlüsse bzw. an Abmachungen mit dem Kontrollamt hält. Es war so, das wird ja dem Gemeinderat bekannt sein, daß zwar Dr. Gottlieb Zimmermann an Vorstandssitzungen teilgenommen hat, um dort Einsicht in die Finanzgebarung zu nehmen, aber sich im nachhinein herausgestellt hat, daß man nicht immer die ganze Wahrheit bekommen hat und damit ja auch der Steuerzahler letzten Endes hinters Licht geführt wurde, indem sich nachher auch herausgestellt hat, daß sich die Schulden z.B. in einem ganz anderen Ausmaß dargestellt haben. Es wäre wirklich der aktuelle Stand interessant und wie weit die Zahlungen am aktuellen Stand sind. Vielleicht kann uns Kollege Apfelthaler zu diesem Thema etwas sagen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Am Montag im Prüfungsausschuß.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich nehme an, daß sie sich für Montag schon vorbereitet und Einsicht genommen haben. Ich würde trotzdem bitten, daß sie dazu etwas sagen.

Wir werden selbstverständlich diesem Antrag aus den besagten Gründen die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich möchte nur eine Anmerkung zu den amüsanten Ausführungen meines Vorredners machen. Herr Kollege Stieglitz, vielleicht überlegen wir uns in einem Ausschuß einige Verordnungen. Besonders diese Ausländergeschichte, die muß man ja wirklich aufgreifen. Vielleicht überlegen wir uns Verordnungen, wenn einer einen 11-Meter verschießt, daß man ihm die Arbeitsbewilligung entzieht und ihn gleich ausweist oder wenn er einen Freistoß verschießt, vielleicht tauschen wir uns dann einfach selbst ein. Hier herinnen sind eh ein paar Leute, die gut Fußball spielen können. Das wäre doch eine Möglichkeit - oder? Das ist so skurril, was du hier gesagt hast. Man könnte jegliches Profifußball-System - und du hast auch von Profifußball gesprochen -, du wünschst dir doch auch, daß Steyr wieder in der ersten Bundesliga spielt. Wenn man sich das anschaut und mit der österr. Bundesliga, mit Deutschland, England etc. vergleicht, dann ist das von so weit hergeholt, da frage ich mich, wie willst du das machen? Willst du die Subventionen der Stadt an den Verein zurückhalten, daß sie dort keine Ausländer mehr beschäftigen oder soll man einen Aufruf machen, eine Resolution des Gemeinderates: „Keine Ausländer mehr aufzunehmen!“ Ich denke mir, da würden wir sehr schlecht ausschauen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Stieglitz, die zweite Wortmeldung.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Zu meinem Vorredner, zu unserem lieben Freund Andreas Kupfer. Für mich zählt das Ergebnis.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Andreas, halte dich bitte etwas an eine Disziplin! Also für mich zählt das Ergebnis. Das, was ich mir wünsche, wenn die Stadt Steyr in den Club investiert, ist, daß gezielt auch die Nachwuchsarbeit gefördert und nicht stiefmütterlich behandelt wird und daß wir in ein paar Jahren wieder den Club anschauen und Stolz sein können, wenn wir 3, 4 Steyrer drinnen spielen haben. Ich glaube, das ist möglich. Andere Vereine haben das auch bewiesen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung. Schlußwort, Herr Referent.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Zurück von der Jahreshauptversammlung des SK Vorwärts zur Gemeinderatssitzung der Stadt Steyr.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Lieber Herr Kollege Stieglitz, ich glaube, daß da ein paar Verwechslungen waren und die gehören

schon dem Protokoll entsprechend aufgeklärt. Ich glaube nicht, daß der Club „SK Vorwärts Steyr“ einen Gewerkschaftsbeitrag zahlt. Das glaube ich nicht. Vielleicht ist so mancher Spieler bei der Gewerkschaft. Das wäre für mich als Gewerkschafter wünschenswert. Der Club aber wird keinen Gewerkschaftsbeitrag zahlen.

Ich habe bei ihrem Einstieg fast den Eindruck gehabt, daß sie im Zuge des Ganzjahresbetriebes, daß hier durchgespielt wird, mit dem nächsten Projekt kommen: mit der Überdachung des Fußballfeldes. Gott sei Dank, sind sie mit dem nicht gekommen.

Es sind ein paar Punkte angeführt worden, die ja tatsächlich passiert sind. Es ist das Stadion schon des öfteren für andere kulturelle Veranstaltungen genützt worden. Es obliegt nicht dem Gemeinderat der Stadt Steyr, hier die Vorwärts zu animieren oder das Stadion für andere Zwecke zu nützen. Es ist nicht unbedingt die große Begeisterung der Vorwärts, wenn wir jede Woche oder alle 14 Tage eine Veranstaltung machen würden. Das muß auch mit der Vorwärts abgeklärt werden und liegt nicht in unserem Aufgabenbereich.

Zu der Verordnung betreffend die GSM-Sender. Wir haben hier im Gemeinderat eine Resolution bezüglich GSM-Sender in der Stadt Steyr beschlossen. Uns tut es auch leid, daß sich hier die verantwortlichen Funktionäre der Vorwärts nicht an die Empfehlung des Gemeinderates gehalten haben. Es hat hier schon viele Diskussionen gegeben. Unser Bürgermeister hat auch mit den Verantwortlichen der Vorwärts gesprochen. Bei jenen, und das geht über den Fußballplatz der Vorwärts hinaus, die hier finanzielle Mittel für die Aufstellung oder Anbringung eines Senders erhalten, ist nicht unbedingt die große Ablehnung gegeben. Bei allen anderen, die kein Geld für die Anbringung des Senders erhalten, ist eine sehr starke Ablehnung gegeben. Das haben wir festgestellt. Wir hätten uns auch mehr Verständnis vom Verein Vorwärts, den wir im letzten Jahrzehnt sehr großzügig gefördert haben, die ganzen Projekte, die realisiert worden und mit großer Unterstützung der Stadt Steyr geschehen sind, erwartet.

In meinem Antrag geht es aber darum, daß wir die in Betrieb genommene Stehplatztribüne mit S 300.000,-- fördern. Für diese ersuche ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Nr. 8 bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem letzten Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um eine Subvention für die Errichtung eines Studentenheimes für die Fachhochschule unter Verwendung des Kolpinghauses in der Mittlere Gasse. Es bietet sich dieses Gebäude sehr gut an, um dort ein Studentenheim zu installieren. Der Verein Kolpinghaus hat sich in dieser Richtung dafür interessiert und wird das auch betreiben. Die Stadt Steyr soll in 3 Jahresraten S 3 Mio. an Förderungen geben. Es wäre der erste Teilbetrag im Ausmaß von S 1,800.000,-- für das Jahr 1998 vorgesehen.

8) Fin-35/98 Errichtung eines Studentenheimes für die Fachhochschule in Steyr unter Verwendung des Kolpinghauses; Beitrag der Stadt Steyr (Subventionierung)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 13. Februar 1998 wird zur Errichtung von Studentenzimmern im Kolpinghaus als 1. Etappe im Jahr 1998 eine außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Gesamtbetrag von S 1,800.000,-- gewährt.

Hiezu wird einer Kreditübertragung und Freigabe von S 1,000.000,-- aus der VAST. 5/2890/777000 auf VAST. 5/2890/777100 sowie die Freigabe von S 800.000,-- aus der VAST. 5/3630/778000 genehmigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1,800.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich würde den Gemeinderat ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? 1 Wortmeldung. Frau Kollegin Frech, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse! Es scheint das Markenzeichen der kleinsten Fraktion zu werden, sich zu Wort zu melden, wenn alle anderen schweigen und ihre Visionen, die sie so oft verkünden, scheinbar verloren haben oder die nie wirklich da waren. Faktum ist, was wollen wir mit diesem Kolpinghaus, was wollen wir mit einem Studentenheim hier in Steyr? Die Antwort kann ganz einfach sein: Wir wollen Wohnraum für Studenten. Nur, wenn ich mir anschau, wieviel Wohnraum vorhanden wäre, wenn man ihn ausbaut, wenn man die Wohnungen, die es jetzt gibt, saniert. Wenn ich in den Innenstadtbereich schaue, wieviel leerstehende Wohnungen es gibt oder wieviel Vermieter ihren Wohnraum derzeit nicht vermieten wollen - aus welchen Gründen auch immer -, wenn ich mir anschau, was in Steyrdorf alles leer steht, wenn ich zugleich mit Erschüttern bemerke, daß immer mehr Bewohner aus der Innenstadt abwandern und woanders hinziehen, wenn immer die Rede von der Belebung von Steyrdorf ist und von der Belebung der Innenstadt, ja dann wünsche ich mir, daß der Wohnraum, der vorhanden ist, saniert und vermietet wird. Wir als Stadt zahlen zwar „NUR“ S 3 Mio., aber insgesamt betragen die Kosten für dieses Kolpinghaus S 44,8 Mio. Davon sind Eigenmittel der Kolpingfamilie: S 2 Mio. Der Rest wird von der öffentl. Hand getragen. Das heißt, wir haben hier ein Volumen von S 42 Mio., und da stellt sich mir schon die Frage, wenn wir hergegangen wären und in einer Kooperation mit Bund, Land und Gemeinde diese 42 Mio. S für eine Sanierung in Steyrdorf, für eine Sanierung im Innenstadtbereich einsetzen würden, um 2 Punkte zu erreichen: Der eine Punkt wäre, daß es Studentenwohnungen gibt, weil eines möchte ich feststellen und da wundert es mich, daß Herr Kollege Kupfer nicht das Wort ergreift, Studenten wollen heute nicht mehr in Heimen wohnen, die wollen nicht mehr in einer fixen Struktur sein. Auf diesen Punkt werde ich nachher noch einmal eingehen. Die wollen, gerade in dem Alter, in dem sie sich befinden, wenn sie in der Fachhochschule sind, ihren privaten Wohnraum, und den gilt es daher eher zu fördern. Das wäre der eine Punkt. Der andere Punkt, da wundert es mich, daß Kollege Keiler das Wort nicht ergreift, ...

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Kommt schon noch.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Gott sei Dank, man sieht, man bringt doch noch eine Diskussion in Schwung.

Du setzt dich immer für die Studentenmietverträge ein, was ich sehr, sehr toll finde. Hier wäre die Gelegenheit gewesen. Hier wäre die Gelegenheit gewesen, genau diese kurzfristigen Studentenmietverträge auf den privaten Wohnungsmarkt zu initiieren und zu fördern.

Wie gesagt, ein Volumen von 42 Mio. S, was machen wir jetzt damit? Wir stecken alles in dieses Heim, das - und da müssen sie mir recht geben - anachronistisch ist. Sie hätten nur heute, das trifft sich ganz gut, die Presse lesen müssen, wo es um Studentenheime geht, und das möchte ich ganz kurz zitieren. Österreichs Studentenheime bekommen von ihren Kunden, den Studenten, alles andere als gute Noten. Eine private Wohngemeinschaft ist für Studenten billiger als ein Heimplatz, erklären die Vertreter der Hochschülerschaft. Zusätzlich gäbe es in den Heimen Rechtsunsicherheiten und Schikanen. Etwa 24.000 Heimplätze gibt es an Österreichs Unistandorten. Noch vor wenigen Jahren waren die Betten heißbegehrt - Objekte der Begierde. Heute hat sich die Lage dramatisch verändert.

Erstmals sind die Heime nicht ausgelastet, dennoch wird weitergebaut, dennoch steigen die Preise. Und wenn es um die Preise geht - Wohnheime für Studenten sind für Studenten längst nicht mehr günstig. Die Preise liegen derzeit im Schnitt zwischen S 1.800,-- und S 4.000,--. Das heißt, das Argument, daß es sehr viel sozialer für die Studenten wäre, in einem Studentenheim untergebracht zu werden, greift längst nicht mehr.

Wie gesagt, es tut mir wirklich sehr leid, daß man hier diese Chance nicht ergriffen hat, um wirklich eine sinnvolle, gesamtheitliche Lösung zu erreichen und statt dessen - andere Städte als Steyr scheinen vielleicht früher zu begreifen, daß wir einfach mit Rezepten der Vergangenheit irgend etwas in die Zukunft setzen wollen, was nicht einmal mehr der Gegenwart entspricht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet, Herr Kollege Keiler.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Liebe Frau Kollegin Frech, werte Kollegen, sehr geehrter Stadtsenat, meine Damen und Herren!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind der Gemeinderat.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Ich habe den Stadtsenat und die werten Kollegen begrüßt. Fühlst du dich ausgeschlossen?

Gelächter

Unverständliche Wortmeldung von Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Ich habe die werten Kollegen und den Stadtsenat begrüßt. Entschuldigung, vielleicht habe ich mich in der Reihenfolge geirrt, aber

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lassen wir es gut sein.

GEMEINDERAT STEFAN KEILER:

Zur Diskussion steht das Kolpinghaus. Ich sehe das als schönes Beispiel, was eine Revitalisierung im Altstadtbereich in Steyr, der ja den Stadtplatz und die Umgebung, Steyrdorf und den Wehrgraben umfaßt, betrifft. Ich weiß nicht, warum du das als Negativbeispiel bringst und verlangst, daß Wohnungen, die dort leer stehen, zur Verfügung gestellt werden. Ich finde das ein gutes Beispiel. Es ist natürlich ein Vorschlag, statt einem Studentenheim dort Wohnungen hineinzubauen. Nur wage ich zu bezweifeln, daß wir dann auch 69 Betten unterbringen, wenn dort Wohnungen daraus gemacht werden. Aber ich darf den Vorschlag, den du aufgegriffen hast, den Wohnraum vor allem für junge Leute zur Verfügung zu stellen, da darf ich dich auf meine Privatinitiative, die aber auch unter Mitarbeit unseres lieben Denkmalschützers Dr. Kaiser funktioniert, hinweisen, wo gerade mit dem zuständigen LR Haider eine Förderung ausverhandelt wird, um den Wohnraum, der dort brach liegt, für Studenten zur Verfügung zu stellen. Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß mit den Studentenmietverträgen nicht nur die Studenten angesprochen sind, sondern als sogenannter Ausbildungsmietvertrag also auch alle Schüler, und die gibt es in Steyr in hoher Zahl.

Ich sehe dieses Kolpinghausprojekt als ein schönes Beispiel für die Revitalisierung, und ich hoffe, es wird nicht das letzte sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster, Herr Kollege Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bin etwas überrascht von der Stellungnahme der Kollegin Frech. Gerade das Kolpinghaus ist nicht nur für uns eine Studentenheim, sondern es erfüllt für uns, für die Kommune, einen Mehrfachzweck. 1. ist der Bedarf vom Leiter der Fachhochschule angemeldet. Die Nachfrage ist bereits da. Ihre Zahlen mögen vielleicht für Städte gelten, wo schon mehrere Studentenheime sind. Wir in Steyr haben einen eminenten Bedarf. Und nicht ein jeder möchte eine Wohnung, sondern sehr wohl ist die Nachfrage nach Zimmern, nach Betten in Studentenheimen auch heute noch aufrecht. Die zweite Sache. Das Kolpinghaus ist in einer sehr exponierten Lage im Steyrdorf und eines der letzten Projekte, die überhaupt noch nicht renoviert wurden. Das heißt, es liegt auch im Interesse des Denkmalschutzes und der Altstadterhaltung, daß auch dieses Objekt nicht nur renoviert, sondern vor allem auch revitalisiert wird. Und da sind wir auch schon beim dritten Nutzen für uns, nämlich das Steyrdorf. Wir haben in Steyrdorf eine Struktur, eine Struktur der Bevölkerung, die einen sehr hohen Anteil auch an Ausländern hat. Wir wissen alle, daß es für das Zusammenleben besser ist, wenn der Anteil nicht so hoch wäre. Jetzt versuchen wir auch hier den Weg zu gehen, wieder junge Österreicher in diesen Stadtteil zu bringen. Wir glauben auch, daß es eine Nachfolgewirkung geben wird, wenn sich dort eine Gruppe von ungefähr 69 Studenten ansetzt und dann andere private Hausbesitzer die Zeichen der Zeit erkennen und ihren im Haus befindlichen leerstehenden Raum anbieten werden. Im Kolpinghaus wird ein Veranstaltungsraum sein, um in Steyrdorf selbst kleinere Veranstaltungen abhalten zu können. Das heißt, als Gesamtes gesehen, steht es hier außer Zweifel, daß man dem die Zustimmung geben kann. Das ist ein sehr wohl durchdachtes Objekt.

Wenn sie die Eigenmittel ansprechen, ich hoffe sie haben nicht übersehen, daß das Haus im Besitz der Kolpingfamilie steht und daß das natürlich auch Eigenmittel sind. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster, Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste! Werte Frau Kollegin Frech, sie haben von einer Belegung des Steyrdorfes gesprochen. Meines Wissens - und das haben auch schon ein paar zitiert - steht dieses Kolpinghaus in Steyrdorf.

Es kann durchaus davon ausgegangen werden, daß die Studenten, vor allen Dingen die der Fachhochschule, die ja nicht gerade mehr ganz junge Studenten sind und mit ihrer Zeit in vielen Bereichen nichts anzufangen wissen, durchaus die Belegung des Steyrdorfes mittragen würden, wenn sie dort ihre Freizeit verbringen.

Das zweite ist, daß der Bedarf besteht. Das dritte ist ein Faktum, daß wir eigentlich diese Vorgangsweise bei den Verhandlungen im Budget beschlossen haben. Ich verstehe die großartige Aufregung, die hier passiert, nicht. Noch dazu, wo ich mich als Vertreter einer Kommune, wie es die Stadt Steyr ist, empfinde. Und da sind 3 Mio. S im Verhältnis zu 42 Mio. S ein vertretbarer Aufwand, den wir hier beitragen können, um ein Studentenheim zu errichten, das noch dazu das erste in Steyr sein wird, und daher diese Verifizierung, wie sie sie aus der Presse vorgelesen haben, für Steyr sicherlich nicht zutrifft.

Eines möchte ich noch anmerken, weil sie so sehr auf diesen privaten Wohnraum hingedeutet haben. Ich kann mich gut erinnern, als diese Immigrationsströme erfolgten und die Flüchtlinge nach Steyr gekommen sind, wie alle plötzlich die Stadt Steyr verantwortlich gemacht haben, weil es dort eine massive Zusammenführung von ausländischen Bewohnern in Steyrdorf gegeben hat. Da hat es viel Geld gegeben, wenn man diese Leute aufgenommen hat. Da waren die privaten Betreiber dieser Unterkünfte durchaus bereit, das zu nehmen. Jetzt, wenn man zuerst investieren muß, um sozusagen Leute hinzubringen, die dann diese Wohnungen mieten, wird die Geschichte schon anders. Vorher hat man ja nichts investieren brauchen, sondern nur die Hand aufhalten zu brauchen. Daher möchte ich schon dazu sagen, die Stadt verantwortlich zu machen, daß private Besitzer ihre Wohnungen

nicht zur Verfügung stellen, finde ich auch ein bißchen unangemessen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster zu Wort gemeldet, Herr Kollege Payrleithner. Er zieht die Wortmeldung zurück. Wenn dem so ist und keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, dann bitte ich den Referenten, ein Schlußwort zu halten.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann das kurz machen. Frau Kollegin Frech, ich glaube nicht, daß das der Zeitgeist ist, den sie hier vorgetragen haben. Wir wissen aus Erfahrung, weil wir als Stadt Steyr auch Mitglied bei diversen Heimträgern sind und wo wir auch als Stadt zahlen, daß gerade bei Heimplätzen für Studenten eine sehr große Nachfrage besteht, weil die Heime wesentlich günstiger anbieten als Private. Es ist sicherlich nicht im Interesse vieler Studenten, daß sie hier gemeint haben, daß wir von den Heimplätzen weg, hin zu Privaten sollen. Das mag schon ihre Haltung sein, zu liberalisieren, alles weg. Wenn es um andere Dinge geht, dann mag man das wieder von der öffentlichen Hand. Gerade bei Heimplätzen ist nach wie vor eine große Nachfrage gegeben.

Und 42 Mio. S zahlen nicht wir als Stadt Steyr, sondern 3 Mio. S bezahlt die Stadt. Es liegt nicht in unserem Aufgabenbereich über den restlichen Betrag, den das Land und der Bund und diverse Einrichtungen zahlen, zu beurteilen. Es ist von der Sanierung und Revitalisierung des Steyrdorfes, wie das Kollege Mayrhofer richtig gesagt hat, die Rede. Es ist dringend notwendig, dieses Haus, das ja doch einen großen Fleck in der Mittlere Gasse einnimmt, zu sanieren und es noch dazu für einen sinnvollen Zweck zu nutzen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich möchte noch eines sagen, Frau Kollegin Frech, wir sind nicht einfach in der Lage S 42 Mio. sozusagen als Manövriermasse nach unserem Belieben in Gang zu setzen, sondern es geht in Wirklichkeit darum, daß ein Projektträger hier in unserer Stadt bereit ist, eben dieses Projekt in Gang zu setzen, umzusetzen, sich um die Mittel zu bemühen, die übrigens noch nicht vollzählig eingetroffen sind. Ich weiß das deswegen, weil ja der Bund auch im Zuge der Errichtung des Studentenheimes mitzahlen soll und ich selber beim Herrn BM für Wissenschaft interveniert habe. Das ist noch nicht so gelaufen, daß die 15 Mio. S dazukommen. Es wird des Zusammenwirkens bedürfen, und für dieses Projekt scheint die Summe erreichbar zu sein. Wenn es in Steyr passiert und noch dazu in Steyrdorf und eine Revitalisierung stattfindet, dann ist das gut.

Zum zweiten möchte ich erinnern, daß wir sehr oft in diesem Gemeinderat über mangelnde Kommunikationseinrichtungen debattiert haben und es keinen geeigneten Saal in Steyrdorf gibt und wir jedes Mal auf den Tabor ausweichen mußten, um z.B. Stadtteilversammlungen abzuhalten. Auch hier gibt es ein erhebliches öffentliches Interesse. Ich orientiere mich mit der Unterstützung der Stadt sogar sehr stark auf diesen Aspekt Kommunikationsmöglichkeit für die Bevölkerung des Steyrdorfes. Wir müssen Impulse setzen. In Steyrdorf haben wir rd. 110 Mio. S investiert, um die modernste Infrastruktur dort niederzubringen. Wir haben in Sakralbauten rundherum investiert, und das ist ohnehin einer der letzten Punkte, wo halböffentliche Institutionen - so möchte ich die Kolpingfamilie bezeichnen - auch mit Unterstützung der öffentlichen Hand wirklich massive Impulse setzen können. Natürlich müssen wir, und das ist ja gar nichts Neues, das haben wir auch oft genug gesagt, mit Hilfe dieser Impulse auch privates Investment, gerade was den Wohnbau von Steyrdorf betrifft, in Gang zu setzen. Da werden wir uns noch mit Fördermodellen auseinandersetzen und auch versuchen müssen, Wohnbauförderungsmittel des Landes in diese Stadtteile zu kanalisieren. Aber im Prinzip glaube ich, ist es ein richtiger Schritt in die richtige Richtung und auch am richtigen Platz. Daher würde ich wirklich bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben.

Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung LIF.

Meine Damen und Herren, wenn es recht ist, machen wir 15 Minuten Pause. Es gibt Raucher und zu lüften kann auch nicht schaden.

PAUSE VON 16.02 BIS 16.20 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf den nächsten Berichterstatter, Herrn StR. Roman Eichhübl, um seine Anträge bitten.

BERICHTERST. STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, geschätzter Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wie sie aus der Tagesordnung erkennen können, habe ich ihnen eine Reihe von Anträgen zur Beschlußfassung vorzulegen.

Ich darf gleich am Beginn meiner Ausführungen mit Bedauern feststellen, daß es mir wahrscheinlich nicht gelingen wird, bei diesen Anträgen, die ich vorzutragen habe, zur allgemeinen Erheiterung des Gemeinderates beizutragen, wie das vorhin der Fall war.

Ich komme zum ersten Punkt - Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG, die vertragliche Anhebung des Leistungspreises zum 1.1.1998. Ich darf vorweg sagen, daß dieser Antrag vorerst im Kommunalausschuß zur Diskussion gestellt wurde und dann auch im Stadtsenat, wie das so üblich ist, behandelt wurde.

Ich darf ihnen daher den Antrag zur Verlesung bringen.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

9) Stw-2/95 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG; vertragliche Anhebung des Leistungspreises zum 1.1.1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 4.2.1998 wird der Neufassung des Pkt. 7 des Erdgasliefervertrages vom 27.2.1995 per 1.1.1998 zugestimmt, wonach der Leistungspreis mit S 1.960,-- (exkl. USt.) je m³n je Stunde und Jahr festgelegt wird.

Die aus dem erhöhten Leistungspreis resultierenden Mehraufwendungen in der Höhe von S 2,1 Mio. (exkl. USt.) werden über den erhöhten Erdgasabsatz 1998 gedeckt und sind somit in der laufenden Gebahrung des Teilbetriebes Gaswerk enthalten.

Bevor ich den Herrn Bürgermeister ersuche, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen, darf ich vielleicht einen wichtigen Punkt noch erwähnen, der sich vor allen Dingen im Ausschuß für kommunale Betriebe damals bei dieser Diskussion herauskristallisiert hat, und zwar ist es darum gegangen, daß einige Kollegen bzw. auch eine Kollegin die Meinung vertreten haben, man solle doch diese Erhöhung den Erdgaskunden zur Verrechnung bringen. Ich selbst und einige andere, es war schlußendlich auch die Mehrheit der Auffassung, daß dem nicht nachgegeben werden soll, und zwar im Hinblick auf die Verbundfinanzierung, weil es ja jetzt schon so ist, daß der Erdgasbezieher einen erheblichen Teil, nämlich der Teil der auf der Gewinnseite übrigbleibt, zur Verlustabdeckung des Verkehrsbetriebes beiträgt.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung,

daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der zweite Antrag betrifft bereits den Versorgungsbetriebeverbund, den ich vorher angeschnitten habe, nämlich Gas und Verkehr, konkret die Kapitaleinlage für 1998. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, rechnet man damit, daß in diesem Betriebeverbund sich dieses Jahr ein Verlust von etwa 4,2 Mio. S ergeben wird. Im Amtsbericht steht nicht, daher darf ich ihnen das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mitteilen, wie man zu diesen 4,2 Mio. S kommt. Wenn man nämlich das beschlossene Budget und den Wirtschaftsplan der Stadtwerke, der ja drinnen enthalten ist, betrachtet, dann geht man davon aus, daß im Erdgasbereich 20,2 Mio. S an Gewinn erwirtschaftet werden, sich etwa aber auf der anderen Seite im Verkehrsbetrieb ein Verlust von 26,7 Mio. S in etwa ergeben wird. Berücksichtigt man noch die Förderung mit 2,3 Mio. S, dann ergibt das eben diesen Betrag von 4,2 Mio. S.

Ich darf ihnen daher den Antrag zur Kenntnis bringen.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

10) Stw-1/98 Stadtwerke Steyr; Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 5.2.1998 wird dem Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr zwecks Realisierung der im Jahre 1998 vorgesehenen Investitionsvorhaben ein Investitionskostenzuschuß in der Höhe von S 8.000.000,-- als Kapitaleinlage gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 8.000.000,-- (in Worten: Schilling achtmillionen) bei der VASt. 5/8790/779000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 8.000.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hack, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Herr StR. Eichhübl hat gerade so vom Verlust da und dort und hin und her gesprochen. Es ist sicher keine gute Sache, Verluste zu machen. Ich glaube, wir müssen versuchen und es muß sehr stark versucht werden, daß in diesen Bereichen effizient gearbeitet wird und eine flächendeckende Kostenrechnung in den ganzen Stadtbetrieben möglichst bald installiert bzw. fertiggestellt wird, um wirklich alle Punkte zu finden, wo Verluste unnötig entstehen und diese Bereiche dann bereinigt werden können.

In den Verkehrsbetrieben haben wir schon des öfteren gefordert, daß sich die Stadt Steyr darum bewerben sollte, BMW-Steyr will Beamte coachen, ob das nicht eine ideale Gelegenheit wäre, die Verkehrsbetriebe Steyr durch dieses Coaching zu verbessern, die Effizienz und Leistungsfähigkeit zu verbessern, und damit auch die Verluste möglicherweise zu minimieren.

Wir glauben, die Stadt Steyr - gerade in Verbindung mit BMW Steyr, die ja sehr eng kooperieren und schon viel Zusammenarbeit in diesen Bereichen haben - sollte sich bemühen, um an diesem

Coaching teilnehmen zu können, um hier eine effiziente Vorgangsweise und effiziente Verkehrsbetriebe auf die Beine zu stellen.
Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Weitere Wortmeldungen? Sehe ich nicht. Schlußwort, Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das Schlußwort wurde mir relativ einfach gemacht. Wir haben in der letzten Ausschusssitzung und jene, die dabeigewesen sind, werden sich daran erinnern können, das Thema Kostenwahrheit, Kostendarstellung diskutiert, eben aufgrund von 2 Anfragen, die in der vorigen Gemeinderatssitzung gemacht wurden. Und dort wurde festgestellt, daß es gerade in bezug auf diese Kostenwahrheit und Darstellung der Kosten dort und da zu Problemen mit der Stadt gekommen ist. Ich darf daran erinnern, daß ich immer wieder auf das Bestellerprinzip hingewiesen habe, das heißt, daß alle Leistungen, die von irgend jemandem bestellt werden, auch bezahlt werden müssen. Die Idee mit BMW halte ich durchaus für gut. Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß es in den letzten Jahren eine Reihe von Einsparungsmaßnahmen im Verkehrsbetrieb gegeben hat. Ich denke daran, daß es bedauerlicherweise notwendig war, einzelne Linien teilweise zurückzunehmen, weil eben dort die Fahrgastfrequenz entsprechend niedrig war, obwohl der Gemeinderat in seiner Gesamtheit beschlossen hat, Linien einzuführen, weil es Unterschriftenaktionen gegeben hat. Aber mit den Problemen muß man kämpfen. Ich gebe ihnen nicht unrecht, daß natürlich trotzdem immer wieder Bedacht darauf genommen werden muß, daß man die Kosten für den Verkehrsbetrieb, um den es ja konkret gegangen, möglichst niedrig hält und auf der anderen Seite natürlich auch die Bedürfnisse der Bevölkerung abdeckt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

So, jetzt hat mir Herr Kollege Hack meine Unterlagen etwas durcheinandergebracht. Mit Absicht nehme ich an. Ich gehe davon aus - jetzt paßt er nicht auf -, daß wir bei Pkt. 11 sind. Da geht es ebenfalls um einen Teilbetrieb des Verbundes, und zwar um das Gaswerk. Es geht um die Neuverlegung bzw. um die Erneuerung von Erdgasversorgungsleitungen in den Bereichen Radmoserweg, Hubergutstraße, Schillerstraße, Arbeiterstraße und Kühberggasse sowie um die Netzerweiterung Seitenstettner Straße und um die dabei in Verbindung stehenden Auftragsvergaben.

Ich darf ihnen ganz kurz aus dem Amtsbericht die Wichtigkeit darlegen, aber sie selbst haben ja bereits feststellen können, daß es sich um einen 2. Bauabschnitt handelt und diese durchzuführenden Arbeiten sehr wichtig sind. Ich darf mich daher kurz fassen und den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat verlesen.

11) Stw-2/98 Städtisches Gaswerk; Neuverlegung bzw. Erneuerung von Erdgasversorgungsleitungen in den Bereichen Radmoserweg, Hubergutstraße, Schillerstraße, Arbeiterstraße und Kühberggasse sowie Netzerweiterung Seitenstettner Straße; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 13.2.1998 wird im Zusammenhang mit der Verlegung von Erdgasleitungen im Stadtteil Ennsleite sowie Seitenstettner Straße nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1) Tiefbauleistungen Fa. Alpine GmbH, Steyr S 1,957.666,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf Kunststoffrohre und Formstücke Fa. Pipelife Rohrsysteme, Wr. Neudorf S 200.573,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1998 des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr unter I/AII/5, I/A/III11 sowie I/AIII/12 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Einstimmig.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft das städt. Wasserwerk, Erneuerung des Trinkwasserversorgungsstranges Hauptschule Promenade und die Auftragsvergabe. Ich bin heute etwas zu schnell, Herr Bürgermeister, aber das kommt wahrscheinlich daher, weil ich ziemlich viele Anträge habe.

Es ist aus dem Amtsbericht herauszulesen, daß im Bereiche der H. Mazetti-Promenade der Hauptversorgungsstrang ins weitere Versorgungsnetz mündet und dieser Strang seit 60 Jahren betrieben wird und mehrere Rohrgebrechen aufgetreten sind, und daher ist dort eine entsprechende Erneuerung notwendig.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

12) Stw-3/98 Städtisches Wasserwerk; Erneuerung des Trinkwasserversorgungsstranges Promenade; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 13.2.1998 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung des Trinkwasserversorgungsstranges Promenade nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

1) Tiefbauleistungen Fa. Illichmann-Haider BaugesmbH., Steyr S 1.100.860,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Druckrohre Fa. Kontinentale HG, Wels S 90.272,-- (exkl. USt.)

3) Ankauf der Armaturen und Installationsmaterialien Fa. Gumplmayr GesmbH. & Co.KG, Steyregg S 53.682,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1998 der Stadtwerke unter IV/A/III/9 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächsten Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

In dem von mir vorzutragenden Antrag findet der Bereich städt. Wasserwerk seine Fortsetzung. Es soll die Erneuerung der Versorgungsleitungen Kudlichgasse erfolgen und die dazugehörigen Auftragsvergaben in diesem Gremium behandelt werden.

Es lautet der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

13) Stw-4/98 Städt. Wasserwerk; Erneuerung Versorgungsleitung Kudlichgasse; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 13.2.1998 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Versorgungsleitung Kudlichgasse nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

1) Tiefbauleistungen Fa. Zwettler BaugesmbH., Steyr S 727.320,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Druckrohre Fa. Kontinentale HG, Wels S 32.638,-- (exkl. USt.)

3) Ankauf der Armaturen und Installationsmaterialien Fa. Gumplmayr GesmbH. & Co.KG, Steyregg S 39.744,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1998 der Stadtwerke unter IV/A/III/2 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion und Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft wiederum unser städt. Gaswerk. Es geht um die Erdgasaufschließung Gleinker Hauptstraße im Bereich Neustift und die dazugehörenden Auftragsvergaben.

Sie haben sicherlich diesen Amtsbericht gelesen, daher erspare ich mir auch in diesem Fall eine weitere Erklärung. Es wäre zwar durchaus möglich, aber ich werde mich auf den Antragstext beschränken.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

14) Stw-7/97 Städtisches Gaswerk; Erdgasaufschließung Gleinker Hauptstraße (Bereich Neustift); Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 13.2.1998 wird im Zusammenhang mit der Neuverlegung von Erdgasleitungen für die Aufschließung Gleinker Hauptstraße (Bereich Neustift) nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

1) Tiefbauleistungen Fa. Nograsek BaugesmbH., Steyr S 715.241,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf Kunststoffrohre und Formstücke Fa. Pipe Life Rohrsysteme, Wr. Neudorf S 46.264,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1998 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter I/A/II/4 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir führen die Diskussion durch. Wer wünscht das Wort? Abstimmung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte gerne ein Schlußwort halten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, Schlußwort?

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte gerne ein Schlußwort durchführen, obwohl keine Diskussion stattgefunden hat, ansonsten wird es ja langweilig.

Nachdem Herr Mayrhofer ein paar Mal von Herrn Dr. Pfeil angesprochen wurde, ist in einem gewissen Zusammenhang - darf ich jetzt? - Spaß beiseite - eine Aufklärung auch insofern zu bringen, weil ja am vergangenen Donnerstag nicht nur in der StS.-Sitzung, sondern auch in der davor stattgefundenen GWG-Aufsichtsratsitzung über Auftragsvergaben gesprochen wurde, über die Hintergründe oder die vielen Gründe, die oft den Eindruck erwecken, man hätte nur mit einer Firma verhandelt oder es hätte nur eine Firma die Möglichkeit gehabt, ein Angebot abzugeben. Das hat dann auch zu einer Frage von Herrn Mayrhofer im Zusammenhang dieser zu verlegenden Rohrsysteme geführt.

Ich darf hier festhalten, daß es sich, so wie im Amtsbericht dargelegt, um die Bestellung des Jahresbedarfes handelt und daß selbstverständlich in all diesen Bereichen entsprechende Ausschreibungen durchgeführt wurden. Es ist halt so, daß gewisse Rohrsysteme zwar von verschiedenen Firmen angeboten werden, aber man merkt es daran, daß sehr oft derselbe Anbieter zum Zug kommt, der eben die günstigsten Preise machen kann.

Es ist aber eines, das muß ich auch sagen, das habe ich angeordnet, es wäre sinnvoller, so wie wir es bereits in der Vergangenheit gemacht haben, daß man auch die Anbieter in den Amtsbericht wieder aufnimmt, um das Ganze noch transparenter zu machen.

Ich hoffe, daß sie für mein Schlußwort Verständnis gehabt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen nach diesem fulminanten Schlußwort zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wieder einstimmig.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ein ganz wichtiger Bereich, meine Damen und Herren, der im nächsten Antrag angesprochen wird, ist die Reinhaltung unseres Trinkwassers. Und zwar geht es konkret darum, daß die Kosten für diese Maßnahmen, sie werden ja aus dem Amtsbericht herausgelesen haben, daß es hauptsächlich um Untersuchungen geht, die von dieser angeführten Untersuchungsanstalt durchgeführt werden und auch den höchsten Anteil der Kosten ausmachen. Es sollten nämlich S 346.360,-- refundiert werden.

Dazu muß ich allerdings schon noch einiges anmerken. Ich habe das bereits bei der Budgetdebatte getan, als es um die Wasserversorgung unserer Stadt gegangen ist. Es ist an und für sich ein geringer Betrag, der heute freigegeben werden soll, nämlich S 810.901,--, im Vergleich dazu, was auf der anderen Seite vom Bereich Wasserwerk in die Stadtkasse fließt, wenn ich daran denke, daß die S 2,20 - Reinhaltungsbeitrag wird dieser Betrag genannt, der ja pro m³ Wasser dem Wasserbezieher aufgeschlagen wird - von der Stadt vereinnahmt werden und auf der anderen Seite es auch diesen berühmten Rücklagebetrag von etwa S 6 Mio. für statutarische Zwecke gibt, der dazu dient, im Bereiche unserer Bäder eine Verlustabdeckung zu machen.

Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß das eigentlich nicht im Sinne des Rechnungshofes ist, und

ich hoffe, daß man in Zukunft oder in absehbarer Zeit zumindest daran denkt, das Jahr ist ja bereits gelaufen, diese auch vom Rechnungshof gewünschte Form herbeizuführen.

15) Stw-10/98 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 30.1.1998 wird der Refundierung der Kosten zum Zwecke der Reinhaltung der Wasserversorgung für das Jahr 1997 in der Höhe von S 811.000,-- (i.W. Schilling achthundertelftausend) an die Stadtwerke Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 811.000,-- bei VSt. 1/8790/728000.7 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Das war einstimmig.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Schlußendlich geht es noch um die städt. Bäder, die ich vorhin angesprochen habe, und um die Kunsteisbahn, ebenfalls um Verlustersätze, nämlich für 1997, teilweise, wie aus dem Amtsbericht hervorgeht. Es geht um einen Betrag von 4 Mio. S, wobei ich auch hier anmerken möchte, daß der Verlust in diesen beiden Bereichen mit etwa 8 Mio. S angenommen wird und der Verlustersatz in der Höhe, wie eben angeführt, zur Auszahlung kommen soll.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet daher:

16) Stw-13/98 Stadtwerke Steyr, städtische Bäder und Kunsteisbahn; (teilweise) Verlustersätze 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 5.2.1998 wird dem teilweisen Ersatz der im Rechnungsjahr 1997 in den Teilbetrieben städt. Bäder und Kunsteisbahn erwirtschafteten Verluste (Gesamtverlust ca. S 8,6 Mio.) zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in der Höhe von S 4.000.000,-- (i.W. Schilling vier Millionen) bei der VSt. 1/879000/759200 (Rechnungsjahr 1998) freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich bin fertig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Ist beim letzten Antrag eine Debatte erwünscht?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Herr Bürgermeister war so intensiv mit der Frau Vizebürgermeister im Gespräch. Es freut mich sehr, daß sie sich so gut verstehen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine Wortmeldung? Doch! Herr Kupfer. Danke vielmals. Bravo! Nur Mut!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich habe mir gedacht, StR. Eichhübl zuliebe, melde ich mich zu diesem Punkt zu Wort. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eigentlich nur eine Anregung zur Diskussion im zuständigen Ausschuß über den Zustand des Freibades bringen und eine Frage an den Sportreferenten stellen. Wir haben im Ausschuß eine Begehung vor Ort mit allen Fraktionen gemeinsam ausgemacht, um über Sofortmaßnahmen bis zur Eröffnung des städt. Freibades zu entscheiden. Vielleicht ist das magistratsintern passiert. Wenn ja, dann würde mich interessieren, welche Sofortmaßnahmen es bereits für die Saison gibt und wenn nicht, dann möchte ich die Anregung noch einmal machen, uns das bis zur Eröffnung zu überlegen und unter Umständen diese Begehung gemeinsam zu machen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist zwar Kollege Bremm angesprochen worden, aber er hat mir den Vortritt zur Beantwortung der von Kollegen Kupfer gestellten Fragen gelassen. Und zwar ist es tatsächlich so, das darf ich hier bestätigen und die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Betriebe werden sich noch daran erinnern können, daß wir im letzten Ausschuß eben die Problematik im Stadtbad angesprochen haben. Es ist da zum einen darum gegangen, daß verschiedene Unzulänglichkeiten vorherrschen, hängt auch mit dem Buffet zusammen, und es hat tatsächlich vorige Woche bereits eine Begehung stattgefunden. Der Herr Magistratsdirektor war meines Wissens auch dabei oder zumindest Leute vom Bauamt. Waren sie nicht dabei? Ist es nur angekündigt worden, daß sie auch mit dabei sein werden? Wenn es nicht so war, dann darf ich das selbstverständlich berichtigen.

Es ist jedenfalls so, daß man an Verbesserungsmaßnahmen deswegen denken muß, weil es gerade in diesem Bereich unbedingt erforderlich ist, obwohl - das möchte ich auch hier unterstreichen - an sich das eine Sache der Liegenschaftsverwaltung wäre. Denn die Liegenschaftsverwaltung hat ja einen Pachtvertrag mit dem Pächter Anzenberger abgeschlossen, und ich hoffe - soweit mir berichtet wurde -, daß es tatsächlich gelingen wird, denn zur Zeit finden Kostenschätzungen für Verbesserungsmaßnahmen im Restaurantbereich statt bzw. die Zugänglichkeit des Vorplatzes, daß man dort zumindest vorweg in diesem Bereich eine zufriedenstellende Lösung findet. Allerdings eines, das darf ich auch hier anführen, macht mir als zuständiger Referent und wird wahrscheinlich in Zukunft alle, die hier im Gemeinderat anwesend sind, Sorgen machen, das sind die großen Undichtigkeiten im Bereich des Tauchergartens. Sie wissen ja, daß dort ein kleines Buffet betrieben wurde und nicht zuletzt aufgrund dieser Undichtigkeiten nicht mehr in Betrieb genommen werden konnte. Und vor allen Dingen der nächste Brocken, der auf uns zukommen wird, ist die Undichtigkeit des Sportbeckens. Ich möchte jetzt nicht als derjenige gelten, der Negativmeldungen verbreitet, aber es schaut tatsächlich so aus, als würde man die nächste Saison in diesem Zustand nicht bestreiten können. Da geht es dann, wenn ich beide Bereiche, Tauchergarten und Sanierung Sportbecken, anführe, um einen Betrag von etwa 10 Mio. S.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Instandhaltungsmaßnahmen liegen bei den Stadtwerken. Nachdem wir ohnehin Verlustersätze machen, erwarte ich mir, daß die Stadtwerke die Instandhaltung vornehmen. Das ist ja das mindeste, was man verlangen muß.

Es ist wirklich unerträglich, daß wir in jeder Gemeinderatssitzung über Undichtigkeiten oder daß irgendwelche Platten schief liegen und Verletzungsgefahr besteht debattieren. Die Instandhaltungsmaßnahmen sind dort durchzuführen. Die Kosten dafür werden sowieso auflaufen und im Zuge der Verlustersätze refundiert werden, so, wie wir das praktizieren: seit Jahr und Tag. Also ich gehe einmal davon aus, nachdem diese Begehung stattgefunden hat, daß die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen mit den Baufachleuten besprochen werden und uns das kundgetan wird und wir eine Grobkostenschätzung bekommen werden, weil es muß ja finanziell in irgendeiner Weise veranschlagt und verbucht werden können. Aber damit hat sich das. Im Prinzip sind wir offenbar nicht in der Lage, was in jedem Betrieb laufend geschieht, das dort zu praktizieren. Das ist mein Eindruck. Gut, aber es geht um den Verlustersatz.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es war schon das Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... dazu darf ich schon noch etwas sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein Schlußwort zum Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich darf dich wirklich bitten, zwischen Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen zu unterscheiden. Beim Taucherbecken handelt es sich um eine Anlage, die seit mehreren Jahren in Betrieb ist, ähnlich der Situation im Hallenbad. Und das ist einmal so, wenn ich bei einem Haus nicht ständig Sanierungsmaßnahmen oder notwendige Maßnahmen setze, die eben mit entsprechenden Finanzmitteln verbunden sind, dann wird dieses Haus irgendwann zusammenfallen. So ist es beim Tauchergarten und auch beim Sportbecken. Die Situation zeigt sich gleich wie beim Hallenbad, wo auch der Errichter damals bekanntgegeben hat, daß nach einer gewissen Zeit, nämlich von 15 Jahren, Sanierungsbedarf in einem größeren Ausmaße notwendig sein wird. Und ich wiederhole mich, was ich bei der Budgetdebatte gesagt habe, da geht es nicht darum, daß man im Vorbeigehen mit einer Silikonkartusche diese Schäden beheben wird können, das geht über die Instandsetzungsmaßnahmen bei weitem hinaus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Momentan steht der Verlustersatz für die städt. Bäder und für die Kunsteisbahn im erwähnten Ausmaß von rd. 4 Mio. S zur Debatte. Wer für diesen Verlustersatz ist, der soll jetzt aufzeigen, damit wir das vom Tisch bekommen. Das war auch einstimmig. Somit hast du lauter einstimmige Beschlüsse. Ich gratuliere.

Nächster Berichterstatter, Herr StR. Gunter Mayrhofer.

BERICHTERST. STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im ersten Antrag geht es um die Baustelle Kommunalzentrum-Bauabschnitt III. Wie seinerzeit beschlossen, werden die Arbeiten teilweise in Eigenregie durchgeführt, teilweise werden sie an Fremdfirmen vergeben. An Fremdfirmen vergeben, wurden die Arbeiten für Heizungs-, Lüftungsanlage, Sanitär- und Druckluftanlage. Das macht insgesamt Kosten von ungefähr S 2,2 Mio. S aus, S 3 Mio. wurden in Eigenregie gemacht. Für den nun folgenden, letzten Bauabschnitt habe ich die Forderung an die Beamten gestellt, daß sie trotz des seinerzeitigen Beschlusses Richtpreisangebote einholen, auch für Arbeiten, die in Eigenregie gemacht werden, um sicherzustellen, daß es zum Vorteil der Kommune ist.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

17) Bau5-201/93 Baustelle Kommunalzentrum-Bauabschnitt III

I. Allgemeines

II. Ausschreibung Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär- und Druckluftanlage

III. Auftragsvergaben und Mittelfreigabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 16. Februar 1998 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten wie folgt zugestimmt:

- a) Heizungsanlage: Fa. Rieder, Bad Hall netto S 365.110,28
 - b) Lüftungsanlage: Fa. Schützner, Steyr netto S 1,104.912,--
 - c) Sanitär- und Druckluftanlage: Fa. Schützner, Steyr netto S 750.077,88
 - d) Eigenleistungen des GB II im Zuge des Bauabschnittes III netto S 3,000.000,--
- gesamt netto S 5,220.100,16

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von netto S 5,220.000,-- (Schilling fünfmillionenzweihundertzwanzigtausend) bei der VAST. 5/029000/010100 freigegeben.

Weiters werden die für den Bauabschnitt III - Elektroinstallationsarbeiten (Auftragsvergabe mit Gemeinderatsbeschluß vom 5. Juni 1997) erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von netto S 1,740.000,-- (Schilling einmillionen siebenhundertvierzigtausend) bei derselben VAST. freigegeben.

Ich ersuche um Abhandlung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe auch hier keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich darf bitten, ein Zeichen zu geben, wenn sie dem Antrag zustimmen. Danke sehr. Das ist einstimmig.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Jahressubvention '98 des Tourismusverbandes. Hier wird gebeten, die Jahressubvention schon jetzt im 1. Quartal auszuzahlen, um die notwendige finanzielle Bedeckung zu gewährleisten.

18) Fin-41/98 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 11. Februar 1998 wird dem Tourismusverband Steyr für das Budgetjahr 1998 eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 1,400.000,-- für den laufenden Betrieb gewährt.

Für den genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von S 1,400.000,-- (Schilling einmillionvierhunderttausend) bei der VAST. 1/7710/757000.0 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Frau Kollegin Frech, bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Vertreter der Presse! Wie wir heute schon vernommen haben, war der Tagesordnungspunkt eigentlich dem Kollegen Spanring zugeteilt. Es dürfte sich noch nicht so ganz herumgesprochen haben, daß der zuständige Stadtrat für Tourismus Herr Mayrhofer ist.

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Scherz beiseite. Selbstverständlich wird man die Zustimmung zu diesen 1,4 Mio. S geben.

Was ich aber gerne einmal in den Raum stellen möchte, ist: Steyr hätte sehr viel mehr Chancen im Tourismus. Wir haben derzeit zwischen 3.170 und 7.300 Nächtigungen im Monat, das sind pro Tag 100 bis 240. Wenn man sich z.B. den Jahresbericht von Herrn Neubaur ansieht, kann man darin auch lesen, daß Steyr in seiner Gesamtheit ein touristisches Juwel ist, wie es sicherlich in Österreich nicht viele gibt. Diese Schönheiten der Stadt, die sich je nach Jahreszeiten ganz differenziert präsentieren, gilt es nun möglichst gut zu vermarkten. Nur Vermarktung, das wissen wir alle, kostet Geld. Und der Tourismusverband bekommt seit Jahr und Tag S 1,4 Mio. Das hat sich in den letzten 5 bis 10 Jahren kaum verändert. Sie werden natürlich einwenden, es gibt immer wieder einmal ao. Subventionen und es gibt vieles, das dem Tourismus zugute kommt wie jetzt für die Landesausstellung usw. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß man einfach für gezieltes laufendes Marketing Geld braucht. 1 Mio. S zusätzlich über diese 1,4 Mio. S hinaus, wäre ein Betrag, womit man sicherlich den Tourismus anregt, mit dem wiederum sehr viele Synergieeffekte verbunden sind, wie Einfluß auf Beschäftigung, Handels- und Gewerbebetriebe auf dem Stadtplatz, dafür ist diese Million auf jeden Fall gerechtfertigt. Der nächste Einwand wird natürlich sein, daß wir uns das nicht leisten können und daß wir kein Geld haben. Wenn ich mir ansehe, wir haben heute z.B. auch einhellig über die Vorwärts abgestimmt, wenn ich schaue, was die Vorwärts in den letzten Jahren alles bekommen hat, daß die alleine im Jahr, in ihren besten Zeiten 1 Mio. S bekommen hat, was jetzt an Lustbarkeitsabgabe und Kommunalsteuer refundiert wurde, da möchte ich mich in Zukunft nicht damit abspeisen lassen, daß dafür kein Geld da ist. Ich würde wirklich dafür plädieren, im nächsten Budget dann vorzusehen, daß der Tourismusverband wirklich über seine normale, laufende Subvention von diesen 1,4 Mio. S hinaus wirklich 1 Mio. S zusätzlich für Werbeaktivitäten bekommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Frech! Wie ich die Verantwortlichen des Tourismusverbandes kenne, sind die wohl sicher so, sollten sie mit diesem Geld nicht auskommen, daß sie sehr, sehr wohl ganz laut ihre Stimmen erheben würden. Ich bin auch überzeugt, wenn die Notwendigkeit vorhanden ist, daß es auch hier eine Gesprächsbasis geben würde.

Wenn sie das so darstellen, daß der Tourismusverband mit mehr Geld viel effizienter arbeiten könnte, dann darf ich ihnen nur als Statistiker in meiner Eigenschaft hier im Hause sagen, daß aufgrund der Fremdenstatistik es eindeutig nachgewiesen ist, daß Steyr aufgrund der Aktivitäten von unserem Tourismusverband mit Abstand die besten Ergebnisse in den letzten Jahren, sei es der Tagestourismus oder Nächtigungstourismus, vorweisen kann. Alle Städte Österreichs, und das ist nachlesbar, kämpfen damit und haben z.T. Minusziffern bei den Nächtigungen in Kauf zu nehmen. Und wir schreiben ständig Pluszahlen. Das liegt nicht daran, daß wir im 4. Stock falsch zusammenzählen und das irgendwie schönen, sondern das sind tatsächliche Ergebnisse. Ich glaube, wir können darauf stolz sein. Noch einmal, sollte mit dem Geld das Auslangen nicht gefunden werden, so wie ich unsere Verantwortlichen kenne, werden sie sicherlich das Wort erheben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Sehe ich nicht. Herr Referent, Schlußwort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ich darf mich bei meinen Vorrednern bedanken. Bei allen beiden. Bei Frau Frech natürlich dafür, daß sie für diesen Bereich mehr Geld fordert. Ich kann ihnen nur zustimmen. Auch der Tourismusverband wird sich natürlich freuen, wenn er mehr Geld bekommen wird oder würde.

Bei Herrn Oppl dafür, daß er wirklich die ausgezeichnete Arbeit des Tourismusverbandes hier hervorgehoben hat, die ich wirklich voll unterstreichen möchte.

Die immer gleichbleibende Zahl, und das stimmt nicht, Frau Mag. Frech, vor 3 Jahren ist von 1 Mio. S auf 1,4 Mio. S erhöht worden, jetzt haben wir eine Steigerung um 40 %, wir hätten uns wahrscheinlich über 100 % auch gefreut, aber es ist ein sehr erklecklicher Betrag.

Daß natürlich neben diesen Werbemitteln auch laufend für den Tourismus, für Veranstaltungen, die im Interesse des Fremdenverkehrs ist, Geld hergegeben wird, weiß man vor allem, wenn man die Verkehrslösung Christkindls, die man letztes Jahr gemacht hat und die wir auch heuer wieder fortführen wollen, oder auch den Adventmarkt betrachtet. Es fließen schon sehr beträchtliche Mittel in den Fremdenverkehr. Aber ich bin bei ihnen, je mehr Mittel, desto besser. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für dieses Schlußwort. Ich kann das nur unterstreichen, nachdem wir alle in der Tourismuskommission sitzen. Kraft Gesetzes haben wir dort verschiedenste Möglichkeiten gehabt, die Probleme hautnah zu erkennen. Wir haben z.B. Abgangsdeckungen übernommen, als die Herrschaften völlig neben der Frequenz waren. Es war spontan hier eine Aktivität zwischen dem Land und uns angesagt, um überhaupt den Tourismusverband zu retten.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir im heurigen Jahr so völlig aus dem Programm und aus dem Handgelenk 1,5 Mio. S lockermachen, um die Stadt im Zusammenhang mit Land der Hämmer zu bewerben. Das wird dem Tourismus sicherlich guttun. Die Herrschaften sind alle beisammengesessen. Wir haben Imagekampagnen gestartet. 1. Fortsetzung folgt heuer usw.

Wir reden von vielen Millionen. Außerdem kommen die fremden Leute nicht nur deswegen, weil die Gastronomie bei uns auf einem so hohen Niveau ist - manchmal hat sie ja an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen zugesperrt -, sie kommen in Wirklichkeit, weil die Stadt ein Juwel ist, vor allem ein architektonisches. Und auf diesem Sektor macht die Stadt wiederum unheimlich viel. Seit 25 oder noch mehr Jahren haben wir viele, viele Millionen aufgewendet und die Hausherren und Hausbesitzer unterstützt, daß die Fassaden und Dachlandschaften so schön sind, daß die Stadt immer schöner wird. Es ist ein Gesamtwerk, und ich möchte wirklich betonen, und das ist allgemeine Auffassung, daß ein hervorragendes Zusammenwirken der Stadt, der Gastronomie und aller am Tourismus Interessierter stattfindet und alle das unter diesem Aspekt betrachten.

Was sie da machen, einfach sagen: „Verdoppeln wir halt die Mittel“, das ist Populismus, Frau Kollegin.

Natürlich sollte man überall die Mittel verdoppeln. Nur wird das nicht gespielt werden können, weil da müssen sie auch gleich dazusagen, wo wir das Geld wegnehmen sollen. Sie reden so locker vom Hocker von der Vorwärts, daß wir die Lustbarkeitsabgabe und Kommunalsteuer refundieren, ja bitte sehr, eines muß man der Vorwärts zugute halten, es würde nämlich keine Lustbarkeitsabgabe anfallen, gäbe es die Vorwärts nicht. Diese fiktiven Beträge setzen sich erst selbst in Gang, damit wir sie refundieren können. Also sie verdienen sich mit ihren Zuschauern und den Eintrittsgeldern diesen Betrag, den wir nicht bei ihnen einheben. Übrigens auch bei allen anderen Fußballvereinen nicht. Wir sollen nicht Vereine von Haus aus diskriminieren, was wir ihnen schenken. In Wahrheit, bei allen Schwierigkeiten mit der Vorwärts, die heute schon einmal debattiert wurden, gibt es dort eine ganze Reihe von Funktionären, die ehrenamtlich Jahr und Tag werken, also um Gotteslohn tätig sind und wirklich ihre ganze Kraft in den Dienst des Vereines stellen, und das trifft auf 68 andere Sportvereine auch noch zu. Wir sollen nicht einfach sagen, das bekommen die und das ist falsch, weil man in einem anderen Zusammenhang einen Finanzbedarf sieht. Wenn sie sich einmal die ganze Palette an Förderungen und Notwendigkeiten anschauen, werden sie draufkommen, daß das eine Sache ohne Ende ist. Sie müssen gleich überall die Bedeckung dazusagen und sagen: Geben wir dort 1 Mio. S mehr hin, und wenn wir sie nicht wo zusätzlich einnehmen, dann müssen wir sie wem anderen streichen. Die Konsequenz müssen wir haben. Das ist so in der Finanzpolitik. Das geschieht meistens nicht, weil die Bedeckungsvorschläge kommen oder nicht kommen, aber dieser scheint mir ungeeignet zu sein. Wir können die Vorwärts gerne in Konkurs treiben. Das können wir innerhalb

von 2 Monaten locker vom Hocker zustande bringen, wenn wir heute beschließen, ihnen die Lustbarkeitsabgabe nicht mehr zu geben. Dann stellt ihnen die RAIKA Sierning ihre Kredite fällig und wir können 9 Mio. S „brennen“. So schaut die Welt aus. Das ist sehr kurzfristig von uns machbar. Also müssen wir uns eher vorsichtig bewegen und eher das tun, was wir heute beschlossen haben. Das wollte ich nur sagen.

So, aber wer dafür ist, daß wir die zu niedrige Subvention auszahlen, den möchte ich bitten, ein Zeichen zu geben. Danke. Einstimmig. Alle Anträge sind einstimmig. Das macht mich schon ganz nervös. Letzter Berichterstatter, wir werden zeitgerecht fertig, Herr Kollege Spanring.

BERICHTERST. STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im ersten Antrag geht es um die Förderung des Jugendkulturhauses. Bevor ich den Antrag vortrage, möchte ich auch von dieser Stelle aus den Jugendlichen gratulieren und ihnen aber auch danken, in welcher Art und Weise sie dieses Jugendkulturhaus dargestellt und entwickelt haben. Ich möchte ihnen auch auf diesem Wege in Zukunft alles Gute, vor allem viel Erfolg in diesem Haus wünschen, das durchaus eine Bereicherung für die Jugendkultur in unserer Stadt darstellt.

Nun zum Antrag selbst.

19) Fin-136/95 Jugendkulturhaus; Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 14.1.1998 wird dem Trägerverein für das Jugend- und Kulturhaus Steyr, vertreten durch dessen Obmann Herrn Mike Glück, Gaswerksgasse 2, 4400 Steyr, der im Budget 1998 vorgesehene Betrag von S 500.000,-- (Schilling fünfhunderttausend) in Form einer a.o. Subvention gewährt. Zum genannten Zweck wird obiger Betrag bei der VA 5/2590/777000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 18) steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort?

Unverständlicher Zwischenruf von GR Hans Payrleithner.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine Wortmeldung, nur ein Zwischenruf. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 18). Wer dem die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Auch das ist einstimmig beschlossen. Nr. 19).

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Antrag geht es um die Restaurierung von Ölgemälden in Gleink.

Der Antrag lautet:

20) Fin-57/95 Pfarramt Steyr-Gleink; Ölgemälderestaurierung; Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 16.1.1998 wird dem Pfarramt Steyr-Gleink, vertreten durch den dortigen Pfarrer P. Andreas Mair MSC, für die Restaurierung der dortigen Ölgemäldesammlung eine weitere Förderung von S 250.000,-- (Schilling zweihundertfünfzigtausend) in Form einer a.o. Subvention gewährt.

Zum genannten Zweck wird obiger Betrag bei der VA 5/3900/777000.8 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen 2. Antrag.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Zur Geschäftsordnung würde ich den Herrn Bürgermeister bitten, weil wir im Anschluß an das Ableben des Paters von Gleink einen Antrag haben, der ihn noch betrifft, die Sitzung für eine Gedenkminute zu unterbrechen, weil er doch mit vielen von uns befreundet war und mit der Arbeit in Steyr auch sehr viel für Steyr getan hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn sie damit einverstanden sind, werden wir die Gedenkminute sofort absolvieren.

G E D E N K M I N U T E

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für die Kundgebung.

Es war keine weitere Wortmeldung mehr. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und ich nehme an, es würde Pfarrer Andi Mair freuen, wenn er diesen Beschluß noch erleben würde.

Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Danke. In meinem letzten Bericht geht es um die Berichterstattung an den Gemeinderat der Gemeindebediensteten-Schutzkommission über das Jahr 1997. Ich möchte sie bitten, von der Verlesung des Tätigkeitsberichtes, der vorliegt und eine positive Arbeit der Schutzkommission berichtet, Abstand nehmen zu dürfen.

Ich möchte den Antrag vorbringen.

21) Pers-434/85 Gemeindebediensteten-Schutzkommission; Berichterstattung an den Gemeinderat über das Jahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Magistrat der Stadt Steyr vom 30. Jänner 1998 wird der Tätigkeitsbericht dieser Schutzkommission für das Jahr 1997 zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche darum.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Es wünscht niemand das Wort, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich darf sie bitten, wenn sie dem Antrag zustimmen, die Hand zu heben. Danke sehr. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der F-Fraktion. Ich würde bitten, daß eine entsprechende Beleuchtung des Antrages durch den Fraktionsvorsitzenden erfolgt. Er hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag eingebracht. Die Stadt Steyr wird für die zukünftige Westspange Vorbehaltsflächen ausweisen. Diesbezüglich wird binnen 3 Monaten ein Plan dem Gemeinderat vorgelegt.

Meine lieben Kollegen, sie haben im Jahre 1993 das Verkehrskonzept von Prof. Dr. Stickler

einstimmig beschlossen, sie haben des weiteren eine Ausarbeitung des Flächenwidmungsplanes im Jahre 1995, am 9.3., an Prof. Breitling beschlossen. Sie haben sich weiters sehr stark gemacht, daß die Nordspange gebaut wird. Ich sehe diesen Zusammenhang unmittelbar auch mit der in Bau befindlichen und in zwei Jahre in Betrieb gehenden Nordspange. Von der Flächenwidmung bzw. von der Aneinanderreihung von Verkehrsbauwerken und Wohnsiedlungen bzw. Industrie- und Gewerbegebiete kann die Stadt Steyr in vielen Bereichen ein negatives Beispiel abgeben. So ist es auch jetzt, daß einzelne Streusiedlungen, wie z.B. die Löwengutsiedlung, in der relativ genauen Achse der Westspange sein wird. Das heißt, es bleibt die Frage, ob sie im nördlichen oder im südlichen Bereich umfahren werden soll. Eine logische Anbindung der in Bau befindlichen Nordspange und eine Entlastung der Seifentruhe bringt aber auch eine Entlastung am Ennsner Knoten. Und die Dringlichkeit ergibt sich darin, daß die Betreiber des Golfplatzprojektes gerade in den letzten Wochen wieder aktiv geworden sind und von uns in der nächsten Zeit eine Entscheidung wollen, ob das Golfplatzprojekt weiterbetrieben werden soll - ja oder nein.

So stellt sich aber für mich als Verkehrsreferent nur die eine Frage, die unabhängig vom Golfplatzprojekt beantwortet werden muß, stehen wir zur Westspange und geben wir Vorbehaltsflächen für die Westspange aus, dann kann man auch dem Golfplatzprojekt, wenn es dort in diesem Bereich, das heißt, westlich von den Staffelmayrgründen sein soll, dann müssen wir uns auch hier überlegen, wo die zukünftige Nordspangentrasse verlaufen soll.

Schon Prof. Stickler sieht in seinem sehr fundierten Werk diese Straßenbaumaßnahme, also die Verlängerung der Nordspange zur Sierninger Straße, also die Westspange, die Verlängerung der Umfahrung Dornach über die B 115 Eisenstraße nach Westen vor, diese mündet im Bereich Gründberg in die Sierninger Straße in die B 122 - Voralpen Straße. Dort in etwa, wo BMW heute zu Hause ist. Die Möglichkeit einer Verlängerung der Nordspange wird im Zuge des Planungsprozesses im Zusammenhang mit den Untersuchungen zur Nordspange diskutiert und untersucht. Aber es liegen derzeit keine Projektstudien vor. Und das „derzeit“ gilt bis heute. Ohne Nordspange aber sind die Wirkungen dieses Straßenstückes gering. Es können 2.600 bzw. 3.200 Fahrten pro Tag vom Straßenzug Sierninger Straße - Seifentruhe - Ennsner Straße auf die neue Verbindung verlagert werden. Aber diese Frage stellt sich nicht mehr - Nordspange ist in Bau.

Mit der Nordspange steigert sich der verlagerebare Verkehr auf über 5.000 Fahrten pro Tag. Auch die Verkehrswirksamkeit der Nordspange steigt dadurch beträchtlich. Die Belastung erhöht sich auf beinahe 9.000 Fahrten pro Tag, also vom verlagerten Verkehr. Genau das, was wir im Verkehrskonzept wollen.

Aus diesen Gründen ist die Realisierung der Verlängerung ohne Nordspange für die Westspange nicht empfehlenswert. Diese Frage, wie gesagt, stellt sich nicht mehr. Beim Bau der Nordspange und bei der Überbauung des Bereiches nördlich von Gründberg sollten diese Maßnahmen jedoch weiterverfolgt werden, soweit Stickler.

Jetzt sind wir im Gemeinderat natürlich schon aufgefordert, hier Maßnahmen zu setzen, eine weitere Verbauung bzw. Grundstücksinanspruchnahme, die einer zukünftigen Westspange entgegenstehen, hintanzuhalten und hier Vorbehaltsflächen aufzuweisen. Man kann natürlich vom Gemeinderat hergehen und sagen, das geht uns alle nichts an, man kann sich hinter einen formalen Akt stellen und sagen, das ist eine Bundesstraße und der Bund ist für diese 4 km verantwortlich, er soll das planen. Aber die Initiative für die Vorbehaltsflächen muß schon von der Stadt Steyr ausgehen. Darum ersuche ich sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Antrag mit großem Ernst zu diskutieren und in positiv zu bestimmen. Dann wird natürlich selbstverständlich die Bundesstraßenverwaltung - und es kann nicht ohne Bundesstraßenverwaltung gehen, diese Vorbehaltsflächen müssen gemeinsam mit der Bundesstraßenverwaltung vorgesehen werden - diese Westspange in ein Ausbauprogramm geben. 4 km Straßenstück bringen eine enorme Entlastung für den innerstädt. Verkehrsring.

Ich ersuche sie, diesem Antrag näherzutreten. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Sie haben es schon gesagt, Herr Dr. Pfeil, daß hier einige Probleme auftreten, auf jeden Fall haben sie das angedeutet. Das Thema ist eine Querschnittsmaterie. Es betrifft sowohl die Stadt als auch das Land und den Bund. Meiner Meinung nach kann in der von ihnen vorgeschlagenen Weise an dieses Problem zweckmäßigerweise nicht so herangegangen werden. Ich würde als erstes jetzt, bevor die Fraktionen sich dazu äußern, Herrn Dr. Alphasamer bitten, uns den rechtlichen Rahmen zu diesem Thema zu erläutern.

MD-STV., PRÄS. DIR. SR. DR. GERHARD ALPHASAMER:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Wie der Herr Bürgermeister bereits erwähnt hat, handelt es sich beim Kapitel Raumordnung um eine Querschnittsmaterie im Sinne der oö. Bundesfassung. Die Bundesfassung regelt in ihren Artikeln 10 - 15 die Kompetenzaufteilung zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften. Grundsätzlich ist es dort so, daß immer einzelne Kompetenzen einer einzelnen Gebietskörperschaft zugeordnet sind. Es gibt allerdings Ausnahmen, dazu gehört das Umweltrecht und auch explicit das Raumordnungsrecht, das eine Querschnittsmaterie darstellt. Das heißt, es ist jeweils diejenige Gebietskörperschaft zur Regelung ihres eigenen Bereiches zuständig, die es betrifft.

Unbestritten ist hier bei der Westspange, daß es sich um eine Bundesstraße handelt. Es handelt sich um ein Verbindungsstück zwischen der B 137, von Enns kommend, zur B 122, der Voralpen Bundesstraße, die Richtung Sierning wegführt. Es handelt sich also, genauso wie es bei der Nordspange jetzt der Fall ist, auch bei einer künftigen Westspange um eine Bundesstraße. Es wäre hier also eindeutig von einem Bundesstraßenplanungsgebiet zu reden, für das ausschließlich das BM für wirtschaftliche Angelegenheiten gem. § 14 des Bundesstraßengesetzes zuständig ist. Grundsätzlich kennt § 18 des oö. Raumordnungsgesetzes überhaupt nur 3 Kategorien der Flächenwidmung. Zu einem das Grünland, zum anderen das Bauland und zum dritten die Verkehrsflächen.

Vorbehaltsflächen, wie sie hier jetzt beantragt werden, sind überhaupt etwas ganz anderes, als hier mit diesem Antrag gemeint ist. Vorbehaltsflächen können gem. § 19 des Raumordnungsgesetzes nur im Bauland oder Grünland getroffen werden. Das Gesetz zählt hier ganz deutlich auf wofür, und zwar für Ämter, für Heil- und Pflegeanstalten, für Seelsorgeeinrichtungen, für Schulen, für Kindergärten, für Parkanlagen, für Sportanlagen und für Spielplätze. Das sind Bauten und Anlagen, von denen das Gesetz spricht. Verkehrsflächen sind gesonderte Flächen, die eine eigene Kategorie des § 18 darstellen. Von denen ist hier nicht die Rede. Auf Verkehrsflächen eine Vorbehaltsfläche zu schaffen ist nicht möglich. Für Verkehrsflächen eine Vorbehaltsfläche zu schaffen ist ebenfalls nicht möglich, da es davon abhängig ist, wer für diese entsprechende Verkehrsfläche kompetent wäre.

Wie bereits erwähnt, ist für diese Verkehrsfläche ausschließlich der Bund kompetent, sodaß dem Gemeinderat überhaupt keine Kompetenz zukommt, hier eine Vorbehaltsfläche zu schaffen, da es gar nicht möglich ist, da es Bundesstraßenkompetenz ist, und daher aber die Kompetenz der Bundesplanung gegeben ist. Aus dieser rechtlichen Grundlage heraus ist also der Gemeinderat für eine Beschlußfassung in dieser Angelegenheit gar nicht zuständig. Es könnte allenfalls eine Resolution an das BM für wirtschaftliche Angelegenheiten gefaßt werden, es möge doch der Bund eine entsprechende Planung in die Wege leiten, an die dann entsprechend dem oö. Raumordnungsgesetz die Gemeinde bei der Durchführung ihrer eigener Planung gebunden wäre. Aber nur wenn eine solche Bundesplanung vorliegt, ist die Gemeinde entsprechend gebunden. Das heißt, die Initiative liegt nicht bei der Gemeinde - kann und darf es gar nicht liegen -, sondern liegt ausschließlich beim Bundesministerium. Es geht also dieser Antrag an die falsche Gebietskörperschaft, denn zuständig wäre der Bund, vertreten durch das BM für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Letztlich ein Argument, das rein faktisch nicht unbedingt für die Annahme dieses Antrages spricht, ist die Tatsache, daß für die voraussichtliche Straßenführung der Westspange das erforderliche

Gelände bereits jetzt und ausreichend in diesem, von diesem Gemeinderat hier beschlossenen Stadtentwicklungskonzept dadurch gesichert und berücksichtigt ist, daß die entsprechende Fläche der Westspange als Grünland ausgewiesen ist und somit einer befürchteten Verbauung von vornherein dadurch hintangehalten werden kann.

Es hat also der Gemeinderat bereits ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen, indem diese Westspangentrasse mit links und rechts Sicherheitszuschlägen als Grünland ausgewiesen wurde, womit eben sichergestellt ist, daß dort eine Verbauung nicht passieren kann. Und es wird auch der Gemeinderat nach Fertigstellung des Flächenwidmungsplanes, der ja bereits auch durch Auftrag an Herrn Prof. Breitling vergeben wurde, ebenfalls wieder im Flächenwidmungsplan dieses Grünland ausweisen, sodaß durch diese Grünlandwidmung sichergestellt ist, daß eine Verbauung nicht möglich ist. Das ist der Einflußbereich, den die Gemeinde hat. Den hat sie bereits genützt und den wird sie auch beim Flächenwidmungsplan nützen. Aber in Summe dessen erscheint jedenfalls die Annahme dieses Antrages, der nicht in diese Richtung abzielt, aus fachlicher Sicht für entbehrlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Als nächster hat sich Herr StR. Mayrhofer gemeldet.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Dr. Pfeil, ich glaube, es steht außer Zweifel, daß alle hier in diesem Raum die Westtangente unterstützen wollen, außer vielleicht die zwei Herren an meiner linken Seite, die vielleicht Vorbehalte haben. Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit steht außer Zweifel. Wir brauchen wirklich diese Westtangente, damit wir sinnvoll einen Verkehrsring oder die Hälfte eines Verkehrsringes um Steyr ziehen können, um auch die massiven Verkehrsaufkommen vom Taborknoten wegzubringen und um eine spürbare Erleichterung für die dort lebende Bevölkerung erreichen zu können.

Wir haben aus diesen Überlegungen heraus auch schon Kontakt mit dem Land aufgenommen. Ich war vor 14 Tagen bei LR Hiesl, um ihn zu bitten, jetzt schon eine Planung ins Auge zu fassen, wohlwissend, daß natürlich die Mittel für einen Bau in der momentanen Prioritätenreihung des Landes OÖ. nicht vorgesehen sind. Allerdings habe ich ihm sehr eindringlich gesagt, was wir brauchen und daß diese Planung sehr dringend ist, um eben wirklich die genaue Trassierung fixieren zu können, um der Bevölkerung auch die Unsicherheit zu nehmen, wo die Trasse jetzt verläuft. Ist die jetzt vor meinem oder hinter meinem Haus? Das heißt, ich bin mit Sicherheit ...

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Über meinem Haus.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das wird nicht gehen. Ich gebe ihnen vollkommen recht, daß es sinnvoll ist, daß wir das brauchen, allerdings das ist sicher der falsche Weg. Ich sehe schon einen Populismus dahinterstecken. Wir können aufgrund der rechtlichen Situation diesen Antrag auch nicht unterstützen. Ich ersuche sie aber umgekehrt, unsere Forderung an das Land gerichtet um Planung zur Unterstützung und auch ihre Landtagsabgeordneten darauf aufmerksam zu machen, daß wir dringend die Planung für die Westtangente brauchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir hier aufgerufen sind und wir haben auch den Eid geleistet, die Rechte und Gesetze einzuhalten. Und aus diesem Grund, wenn wir wissen, daß wir nicht das zuständige Gremium sind, daß wir nicht kompetent für diesen Beschluß sind, wäre es sinnvoll und zweckmäßig, wenn die F diesen Antrag zurückzieht. Über einen Antrag abzustimmen, der rechtlich nicht zugelassen ist, das ist schon sehr bedenklich.

Grundsätzlich kann ich mich den Worten des Herrn Mayrhofer anschließen. Natürlich wird es

notwendig sein, für die Stadt Steyr auch eine Westspange zu errichten. Wir haben ja über diese Thematik im Zuge des Stadtentwicklungskonzeptes viele Diskussionen geführt.

Wie es auch von Herrn Dr. Alphasamer erwähnt wurde, ist im Stadtentwicklungskonzept und mit dem dazu in Verbindung bringenden Flächenwidmungsplan ein Grüngürtel in diesem Bereich vorgesehen. Es ist hier eine deutliche Absicht der Stadt Steyr erkennbar, daß wir dort eine Fläche freihalten wollen, um eine zukünftige Trassenführung nicht durch eine anderweitige Verbauung zu blockieren.

Wir werden diesem Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, die Zustimmung auch nicht erteilen, weil wir uns auf die rechtliche Ebene begeben müssen und die ist von Herrn Dr. Alphasamer ausführlich beleuchtet und erklärt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? 2., Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von Herrn Dr. Alphasamer wissen wir jetzt, wie es nicht geht. Man kann natürlich in vielen Dingen der Meinung sein, und das kann unsere Beamtenschaft in manchen Bereichen sehr, sehr gut. Wir haben uns jahrelang und sehr viele Wochen und Monate über die Bezügereform bzw. über die Zulagenreform unterhalten. Es ist uns immer erklärt worden, wie und warum es gerade nicht geht. Ich möchte auch einmal von der hohen Beamtenschaft wissen, wie es geht.

Verschiedene Zwischenrufe:

„Mit einer Resolution, das hat er ja gerade gesagt!“

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Moment. Es steht nicht in der Bibel und es steht auch nicht im Stadtstatut der Stadt Steyr, daß wir nicht Vorbehaltsflächen ausweisen, daß wir nicht Sorge tragen dafür, daß für die Westspange Flächen vorgesehen sind.

Wie würden sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, reagieren, wenn jetzt das Golfplatzprojekt, ich nehme das akute Beispiel her, kommt, und das ist mitten im Gebiet, wo die Westspange verlaufen soll.

Verschiedene Zwischenrufe:

„Das stimmt ja gar nicht!“

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hier ist der Plan der Westspange. Westlich vom „Staffelmayr“ soll der Golfplatz sein. Diese Trasse führt mitten durch den Golfplatz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also kann ich keinen Plan lesen? Darum wäre es wichtig, unabhängig vom Golfplatzprojekt, auch für alle anderen Projekte, auch für die Leute, die sich jetzt niedergelassen haben, die neuen Siedlungen südlich der Löwengutsiedlung, da sind eine Menge Häuser gebaut worden, auch die haben ein Anrecht zu wissen, wo denn die Westspange, die ja bestimmt auch ein Verkehrserreger sein wird, weil wir ja den Verkehr dort draufbringen wollen, verlaufen wird. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf. Auch der Häuselbauer hat ein Recht darauf zu wissen, wo er sein Haus bauen kann und wo er sein Haus bauen soll. Nicht, daß wir dann das Problem haben, daß sich der dann mühselig ein Haus baut und nach 10 Jahren kommt er drauf, daß er mit Rosinen gehandelt hat und daß 50

Meter weiter eine Bundesstraße vorbeiführt. Also das müssen wir ihnen jetzt sagen. Da sind wir aktiv aufgefordert, Taten zu setzen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, sie haben schon wieder einen falschen Plan in Händen. Jetzt machen sie das zum zweiten Mal. Einmal haben sie das ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na geh!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Parkdeck vorgezeigt, das schon jenseits von Gut und Böse war und jetzt kommen sie wieder mit einem Golfplatz, der am falschen Platz ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist die Originalkopie von Prof. Stickler.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, aber von Sticklers Trassenführung, nicht vom Golfplatz, von den aktuellen Überlegungen, die die Betreiber haben, wo der Golfplatz sein soll, und daher sollten sie nicht so mit Plänen „umeinanderfuchteln“, die überhaupt nicht zutreffend sind. Jedes Mal machen sie das.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ihre Art ist schon etwas ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt ja nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

.... ein beschlossenes Konzept, mehr als das kann ich ja nicht vorbringen.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Herr Fürweger, sie waren dabei, wollen sie ihm nicht helfen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Den Golfplatz hat keiner beschlossen. Aber das haben wir einstimmig beschlossen, Freunde ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, niemand weiß, wo genau eine zukünftige Trassierung der Westspange sein soll. Das weiß niemand. Erst wenn sie geplant ist und wenn diese Planung akzeptiert wird, wir haben bei der S 37 gesehen, daß es 43 Trassierungsvarianten gegeben hat. Jetzt über eine Trassierung zu reden - es gibt hier einen Korridor ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

4 km.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Einen Korridor, Herr Dr. Alphasamer hat das gesagt. Wir haben das ja wirklich stundenlang bei der Entwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes debattiert. Das ist ja alles nicht neu. Wir haben einen Korridor als Grünland ausgewiesen. Innerhalb des Korridors kann eine Trassierung erfolgen. Anders ist es wahrscheinlich eh nicht möglich. Die Landesstraßendirektion wird einen solchen Auftrag erteilen müssen. Und die müssen wir dazu bringen, daß die das tun, es muß vom Bund akzeptiert

werden und letzten Endes auch verordnet. Wir kennen ja die Vorgänge von der Nordspange her ziemlich genau. Das ist ein kompliziertes Prozedere. Hier aus der Hüfte zu schießen und so zu tun, als könnten wir in 3 Monaten als Gemeinde einen Plan vorlegen: „Ist dem Gemeinderat ein Plan vorzulegen“ schreiben sie da. Wer soll denn den Plan machen? Sollen wir das Land beauftragen, daß sie einen Plan - die sind nämlich dafür zuständig - für uns machen? Wir können einen Plan in Auftrag geben. Das kostet ein „Schweinegeld“. Und der Plan ist völlig belanglos, wahrscheinlich auch ohne jede Zweckmäßigkeit und Akzeptanz beim Land. Es geht nicht. Es ist nicht gescheit, das so zu machen. Es wäre gescheiter, wenn wir mit unseren Abgeordneten reden würden, was wir für unseren Teil ohnedies getan haben, und hier dem Herrn LR Hiesl und der Landesstraßenbaudirektion näherbringen, daß wir zunächst eine Vorplanung dieser Westtangente für Steyr brauchen. Das würde ich für eine Vorgangsweise halten, die effektiv ist und die Chancen hat, realisiert zu werden. Auf das werden wir uns wohl noch verständigen können. Und beharren sie bitte nicht darauf, daß der ganze Gemeinderat einen Beschluß herbeiführt, der rechtlich gar nicht umsetzbar ist. Wir haben vor kurzem so einen Beschluß gefaßt: GSM-Sender. Ich erinnere. Nicht wahr?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war etwas anderes, das war eine Resolution. Das ist ganz etwas anderes.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich stelle nur fest, daß ich damit befaßt bin, nach dem Statut hier einen Beschluß des Gemeinderates zu exekutieren. Und ich kann das nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir keine Rechtshandhabe dafür haben, diese GSM-Sender zu verbieten, wenn nicht zufällig jemand einen Mast auf das Bummerlhaus raufmachen will, ansonsten haben wir keine Chance. Es gibt einen baurechtlichen Zugang und auch nur dann, wenn das Stadtbild beeinträchtigt wird. Ansonsten haben wir keine Rechtsposition.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und einen medizinischen Zugang.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. Natürlich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was reden wir!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie machen mich fertig. Wenn das so leicht wäre, das zu untersagen, dann würde ich das wohl machen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn der 3 Meter neben dem Schafzimmer steht, dann hat das medizinische Auswirkungen

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Herr Dr. Pfeil, setzen sie sich doch mit den zuständigen Fachleuten auseinander. Ich kann nur aufgrund der Rechtspositionen amtshandeln. Wir können keinem dieser GSM-Betreiber verbieten, einen Mast, eine Antenne usw. aufzustellen, es sei denn, daß er das stadtbildstörend macht und wir aus diesem Titel, von der baurechtlichen Seite, eine Möglichkeit haben. Ich stelle fest, daß der

Gemeinderat hier einen Beschluß gefaßt hat, zu dem wir stehen und wo ich nicht die Absicht habe, ihn als Bürgermeister zu sistieren, aufzuheben, zurückzustellen. Das möchte ich ausdrücklich bei dieser Gelegenheit sagen. Offenbar bin ich, weil ich erklärt habe, daß dieser Beschluß obsolet ist und wir damit leider nichts ausrichten können, weil wir ihn nicht exekutieren können - in der letzten Fraktionsvorsitzendenbesprechung habe ich das erklärt, worauf sich wieder einige Mitglieder aus diesem Kreis zu Herrn Heiserer begeben und gesagt haben, der Bürgermeister will den Beschluß zurücknehmen. Will er natürlich nicht! Die Willenskundgebung ist da, moralisch ist die Position des Steyrer Gemeinderates die, daß wir nicht wollen, daß in einem Abstand von 300 Metern vom Wohngebiet so ein Mast steht. Faktisch sagen die GSM-Betreiber, sie haben einen Gesetzesauftrag, die Versorgungssicherheit herzustellen, sie haben Milliarden S für diese Lizenzen bezahlt und sie tun das auch, weil sie sich um unsere moralische Bedenken in Wirklichkeit nicht kümmern. Wir haben keine Exekutionsmöglichkeit. Das wollte ich nur gesagt haben. Vor dem Hintergrund warne ich, daß wir weitere Beschlüsse im Gemeinderat fassen, von denen wir vorher schon wissen, daß sie nicht exekutierbar sind, weil wir uns nicht am Boden des Rechtes bewegen. In diesem Fall ist das auch so. Daher muß der Gemeinderat entscheiden, ob, nachdem die F diesen Antrag nicht zurückzieht, diesem Antrag zugestimmt wird oder nicht. Jetzt meine Frage an sie: Wer stimmt diesem Antrag zu? 9 F. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich verkünde, daß wir heute S 33,666.760,-- beschlossen haben und sie ausgegeben werden.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde.

Ich darf fragen, ob die SPÖ ein aktuelles Thema zu besetzen wünscht. Das ist nicht der Fall. F? Bitte sehr, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Hoflehner, bitte.

StR. Ing. Dietmar Spanring, GR Helga Feller-Höller, GR Engelbert Lengauer und GR Ingrid Weixlberger verlassen um 17.42 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Herren von der Presse! Steyr ist als Industriestandort wieder sehr attraktiv geworden, weil viele Kräfte zum Positiven gewirkt haben. Große Probleme haben jedoch zur Zeit verschiedene Handelsbetriebe im Stadtzentrum, Ennsdorf etc. Einige anstehende Konkurse, Umsatzrückgänge und leerstehende Geschäfte sind Tatsache dieser unerfreulichen Entwicklung. Das ist von mir keine Schwarzmalerei. Unser Kollege Ing. Wolfgang Hack ist einer, der diese Entwicklung hautnah miterlebt. Er wird ihnen das sicherlich bestätigen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Werde ich auch in Konkurs gehen?

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Nein, aber ich denke, daß es unsere Aufgabe ist, diese Entwicklung zu stoppen, denn wir sind die politisch Verantwortlichen für diese Stadt.

Die Gründe für diese Rückgänge sind meiner Meinung oder nicht nur meiner Meinung, sondern es ist so, daß Einzelhandelskaufleute in der City allgemein große Probleme haben. Und wenn man das Kundenverhalten analysiert, dann zeigt sich, daß Konsumenten verstärkt leistungsfähige Handelsgeschäfte oder Einkaufszentren an der Peripherie nutzen. Im Gegenzug dazu verlieren die Citys leider immer mehr an Kaufkraft. In Linz ist es z.B. so, daß die Plus City schon 1995 3 Mrd. S Umsatz gemacht hat und jetzt sind es bei 6 Mio. S, was die City an Umsatz verloren hat. Die Ursachen sind die Attraktivitätsfaktoren, die große Einkaufszentren an der Peripherie bieten. Sie

bieten nämlich sehr viel Attraktivität im Vergleich zur Stadt.

Ein zweiter Grund, den wir eigentlich hier gar nicht beeinflussen können, ist das Sparpaket. Der dritte Grund ist, daß innerhalb der Städte eine sehr große Konkurrenz herrscht. Ein Konsument fährt natürlich in die Stadt einkaufen, die er am bequemsten erreicht und wo er die bequemsten Parkmöglichkeiten hat. Gerade in diesem Punkt hat Steyr sehr viel aufzuholen.

Auf einen Nenner gebracht und ganz einfach ausgedrückt, sind es nur 2 Dinge, die der Konsument wirklich sucht: 1. Bequemlichkeit beim Einkaufen, eine problemlose Erreichbarkeit und Parkmöglichkeit, 2. Atmosphäre. In diesem Bereich hat Steyr sehr viel zu bieten. Ambiente, Atmosphäre: da haben wir in Steyr einen sehr großen Trumpf in der Hand. Es muß uns in den nächsten Jahren gelingen, die Stadt Steyr und speziell das Stadtzentrum als Handels- und Kulturzentrum zu profilieren.

Es ist ein Interspar im Anlaufen, den wir sicherlich nicht verhindern können. Aber vielleicht ganz allgemein: Eine Einkaufscity auf der „Grünen Wiese“ - die bayrische Landesregierung hat eine Studie gemacht, 2 - 3 Arbeitsplätze gehen im Zentrum verloren - wenn diese Studie stimmt -, wenn 1 Arbeitsplatz an der Peripherie geschaffen wird. Weiters ist es natürlich so, daß die Kaufkraft aus der City abgesaugt wird und daß klein- und mittelständische Betriebe davon betroffen sind. Das ist auch klar. Gewachsene, städtische Strukturen werden vernichtet, wenn ich nur draußen die, sage ich einmal, die Zukunft sehe. Und außerdem werden nicht nachproduzierbare, wertvolle Grünflächen für immer vernichtet.

Ich denke, wir sollten hier in Steyr eher das Stadtzentrum forcieren. Voraussetzung für ein starkes Zentrum ist unserer Meinung nach ein Parkhaus. Das ist ein ganz zentrales Thema. Wir brauchen ein helles, freundliches Parkhaus, und das so schnell wie möglich. Das ist eines der Schlüsselprojekte, um die Stadt Steyr als Einkaufs- und Tourismusstadt auf Touren zu bringen.

Ich bitte daher alle Anwesenden hier, im Interesse der Stadt zu denken und mitzuhelfen, daß wir so schnell wie möglich ein Cityparkhaus bekommen. Das ist aber nur ein Mosaikstein, der beitragen kann, daß Steyr eine wirklich starke, super bekannte Handelsstadt wird.

Wenn ich so ein bißchen in den Tag hineinräume und Zukunftsvisionen spinne, möchte ich vielleicht noch folgendes anbringen. Die Bregenzer Festspiele hat es auch nicht immer gegeben. Die sind auch irgendwann einmal erfunden worden. Lachen sie bitte nicht, warum können wir nicht an der Enns Festspiele machen? „Steyrer Sommerfestspiele.“ Mit einer Bühne z.B. mitten in der Enns, mit einer phantastischen Kulisse. Wir hätten ein tolles Medienecho. Das ist ganz sicher so.

Auch den Ennskai könnte man völlig neu überdenken. Der muß nicht nur Parkplatz sein. Der könnte genauso eine Esplanade sein, ähnlich wie in Gmunden, wo man promenierte, wo man mit Kindern spaziergeht, wo Parkplätze sind.

Wir könnten weiters eine moderne Stadtgalerie andenken, ein modernes Stadtmuseum, wo alle tollen Sachen, die jemals in Steyr erfunden wurden, gezeigt werden, vom Steyrer Baby bis zu den Gewehren von Werndl, bis zum modernsten Dieselmotor - das ist ein kleiner Vorgriff auf die Landesausstellung, die aber leider zeitlich begrenzt ist - oder eine virtuelle Erlebniswelt. Es gibt in Antwerpen ein super Museum, wo vom ganzen Land Besucher hinströmen: virtuelles Erlebnismuseum. Das müßte man natürlich größer und neuer als das Ars-Electronica in Linz machen. Überhaupt denke ich mir, daß wir für den Stadtplatz ganz neue Wege überlegen müssen, wie wir diesen Stadtplatz neu gestalten und neu beleben können.

Realistisch für die nächste Zukunft erscheint mir, daß wir uns innovative Fördermöglichkeiten ausdenken, um Betriebe ins Stadtzentrum anzulocken oder vielleicht, wenn sie dort investieren, daß sie auch spezielle Fördermöglichkeiten bekommen.

Ich habe mich auch schon einmal an dieser Stelle für den Wirtschaftsausschuß stark gemacht. Ich habe mich stark gemacht für, ähnlich dem Beispiel Wels, da gibt es eine Stadtmarketingges.m.b.H. und es gibt eine Wirtschafts- und Ansiedlungsges.m.b.H.

Unlängst war ich in unserem Ländle und dort habe ich auch etwas gesehen, was ich mir in Steyr gut vorstellen könnte, was sinnvoll und nützlich wäre. Wir haben in Dornbirn und in Bregenz einen unpolitischen Citymanager. Dieser Citymanager ist Marketingspezialist. Er managt und koordiniert alle Bereiche: Kultur, Sport, Trendforschung, Werbung, Marketing und Tourismus in erster Linie. Um hier Mißverständnissen vorzubeugen, ich glaube, daß die Handelskammer z.B. oder der Tourismusverband hervorragende Arbeit leisten und daß sie die ihnen zugedachten Arbeiten sicherlich sehr gut erfüllen, aber für Innovationsschübe müssen wir noch ein bißchen weiterdenken.

Abschließend möchte ich sagen, das beste Produkt, was es auf dieser Erde gibt, kann nie so richtig zu laufen beginnen, wenn es nicht richtig vermarktet wird. Und mit den heute zur Verfügung stehenden Marketing- und Werbemaßnahmen könnte man aus dem Rohdiamanten Steyr ein Meisterstück machen.

Ein Satz noch zum vorhin besprochenen Werbebudget. Wenn wir heute mehr Werbebudget haben, dann haben wir auch vielleicht mehr Nächtigungen und wenn man von einem niedrigen Niveau ausgeht, das behaupte ich jetzt, daß wir das in Steyr haben, mit rd. 58.000 Nächtigungen, wir haben in Wels bitte 138.000 Nächtigungen, das ist fast das Doppelte ...

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Fast 70.000 Nächtigungen.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:
In Wels?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
In Steyr.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:
Gut, dann haben wir in Steyr fast 70.000 und in Wels fast das Doppelte. Die Einwohnerzahl beträgt aber nicht das Doppelte.

Vielleicht noch etwas. Mehr Firmen, bessere Firmen, die Gewinne am Stadtplatz machen, bringen auch wieder mehr Kommunalsteuer. Und da möchte ich vielleicht noch einmal das Beispiel Wels bringen. In Wels sind an die 300 Mio. S Kommunalsteuer budgetiert und in Steyr haben wir 186 Mio. S. Man kann jetzt nicht sagen, mehr Werbung, das können wir uns nicht leisten. Dieses „mehr Werbung“ bringt sicherlich auch einmal mehr Firmen, mehr Nächtigungen und insgesamt mehr Arbeitsplätze. Ich selber mit meiner kleinen Firma in Steyr weiß, wieviel 2 Mio. S sind. Das ist mein Werbebudget in meiner winzig kleinen „Pemperlfirma“. Die 2 Mio. S sind überhaupt nichts. Bei einem Budget von 1,2 Mrd. S, was wir in Steyr haben, könnte man mehr für Werbung und Marketing tun. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

GR Mag. Gerhard Klausberger verläßt um 17.52 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. SPÖ dazu? Bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist sicherlich kein neues, aktuelles Thema. Damit beschäftigen wir uns schon seit langem und das hat auch verschiedene Maßnahmen hervorgerufen.

Grundsätzlich muß es in unserem Bestreben sein, den innerstädt. Bereich Stadtplatz - Enge, also den Altstadtbereich, dementsprechend attraktiv zu halten und auch dementsprechend zu beleben. Das ist auch ein Thema im Stadtentwicklungskonzept gewesen. Darin stehen auch verschiedene Maßnahmen. Es ist heute schon einmal die Fußläufigkeit der Ennsleite und des Tabors angesprochen worden. Das ist ein wichtiger Punkt, daß der innere Stadtkern dementsprechend erreicht werden kann. Es ist aber doch ein bißchen von ihrer Seite her gekommen - das kommt, da die Politik immer mehr einschreiten soll, um hier doch bestimmte Entwicklungen zu stoppen - die freie Marktwirtschaft, die freie Marktwirtschaft ist das ohne Reglement, der Markt regelt sich das selbst. In Wirklichkeit ist das nicht so, daß sich der Markt selbst regelt. Wir als Arbeitnehmer kennen das am besten und sie haben das heute hier auch erwähnt. Ein Problem im innerstädt. Bereich ist, da sind auch wieder die Privaten angesprochen, gerade die kleinen Geschäfte, die die Attraktivität des Stadtplatzes gewähren, leisten sollen - wir brauchen keine Großhandelsketten, keine Schleckers und dergleichen am Stadtplatz, wir brauchen attraktive Geschäfte - keuchen unter der Last der Mietkosten. Ich glaube, daß hier alle, nicht nur die Politik, sondern alle Privaten und die Hausbesitzer doch Überlegungen anstellen sollten, was dazu beigetragen werden kann, damit der Stadtplatz auch in Zukunft dementsprechend attraktiv ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. ÖVP? Herr Kollege Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mieten am Stadtplatz sind zwar hoch, aber in den Shoppingcitys sind sie noch höher.

Die Fußläufigkeit vom Tabor, wie sie das ja mit einem Lift fordern, ist kein Thema mehr, wenn Interspar in voller Größe, wie er es jetzt plant, sein Einkaufszentrum bauen kann. Derzeit ist die Flächenwidmung mit 8.000 m², das entspricht dem bisherigen KGM, gegeben. Interspar will 14.000 m² verbauen. Und ich möchte jetzt schon ganz eindringlich warnen und bitte alle um Unterstützung dagegen Stimmung zu machen, daß dies Wirklichkeit wird.

Es gibt eine Studie; wenn Interspar in der Größe von 8.000 m² baut, dann ist er eine Konkurrenz zum Tabor-Einkaufsland. Kann Interspar in der Größe von 14.000 m² bauen, so ist die Innenstadt tot. Er würde dann nur mehr 30 % mit Eigenressourcen belegen, der Rest wären Shops in Shops und wir würden am Stadtplatz bzw. in der ganzen Innenstadt mit Sicherheit sterben. Fußläufigkeit, Tiefgarage, citynah oder sonstwas, das alles wären Makulaturen, wären nicht mehr notwendig, weil wir hier dann am Stadtplatz endlich ein Museum haben werden, das anscheinend auch einige wünschen. Nur: wir nicht! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne? Schlechter Ausklang. Gefällt mir nicht. Das ist mir zu negativ. Wir haben vorher dort auch den Konsum gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die waren schon schwach.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die waren schon schwach, das mag schon sein. Wir werden noch mit ganz anderen Sachen konfrontiert werden. Wir haben über das schon geredet. Was tun wir, wenn die großen Handelshäuser fragen, ob sie herkommen können? Sie haben einmal gesagt: „Nur über meine Laiche!“ Das können wir ja spielen: „Nur über unsere Laiche.“ Wir nehmen die alle nicht, wir wollen die alle nicht, die sitzen alle an unserer Gemeindegrenze in Wolfert oder Dietach. Habt ihr schon einmal mit eurem Freund Schweinschwaller geredet? Wißt ihr, wie der umarmt wird? So! Die können an unserer Grenze in Sierning sitzen, an unserer Grenze in Wolfert, in St. Ulrich und in Dietach, von mir aus auch noch in Behamberg, sie werden sich wegen der 42.000 Leute, die wir in

unserer Stadt haben, hersetzen. Und wenn wir das nicht erkennen, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß unsere Leute trotzdem dort hinausfahren, wenn die Angebote vorhanden sind. Natürlich ist mir die Gefahr bewußt. Ich erkenne auch die Probleme und möchte auch alles tun, um den Stadtplatz attraktiv zu erhalten und zu machen.

Die Frage mit dem Parkhaus, das ist ja nichts Neues. Damit haben wir uns ja auch schon mehrfach auseinandergesetzt. Das steht auch im Stadtentwicklungskonzept. Es gibt intensive Gespräche, mehrere Optionen und es wird auch passieren und passieren müssen.

Ich glaube, wir können das nicht nur schwarzweiß betrachten. Wir werden uns von Fall zu Fall sehr klar damit auseinandersetzen müssen und auch Entscheidungen treffen müssen. Der Stadtplatz ist etwas Unverwechselbares. Man könnte auch genau umgekehrt argumentieren. Ich erinnere mich wieder an die Ausführungen von dem Augsburger, der von der Wirtschaftskammer eingeladen war - ich kann mir seinen Namen nicht merken -, er hat ein Plädoyer für den Stadtplatz gehalten und erklärt, daß er schöner ist als Augsburg, was ihm schwerfällt, und er hat gesagt, die Stadt ist Bühne, die Stadt ist Bühne - das hat er zweimal gesagt -, aber auf dieser Bühne spielen muß die Wirtschaft, muß der Handel. Was ihr dauernd verlangt, meine Damen und Herren, das ist eigentlich nicht das, was mich fasziniert. Ihr verlangt, daß wir nicht nur die Stadt herrichten und uns um den Verkehr kümmern, sondern daß wir auch noch am Stadtplatz spielen. Und das wird wahrscheinlich zuviel verlangt sein. Das werden wir nicht können. Ich erinnere mich, was er gesagt hat. 3 Billig-Schuhmärkte am Steyrer Stadtplatz, das ist nicht das Gelbe vom Ei. Er hat sich sehr markant ausgedrückt. Es war hochinteressant. Man müßte ein Skriptum von ihm einfordern. Ich weiß nicht, ob es so etwas gibt, Herr Mayrhofer? Aber dort nachzulesen, was er gesagt hat, wäre gescheit. Ich glaube, daß hier sehr viel mehr an Kreativität auch von den Spielern am Stadtplatz miteingebracht werden muß. Wir müssen und können uns schon um die Rahmenbedingungen kümmern. Wir können uns nicht einmischen in dieses detaillierte, attraktive Angebot, darauf wird es ankommen. Darüber werden wir noch viel debattieren, diskutieren und hoffentlich auch zu gemeinsamen Ergebnissen kommen. Ich hoffe, daß der Ausklang nicht mehr ganz so negativ ist.

Dazu? Ja. Bitte. Sie haben schon recht. Hätte mich eh gewundert, wenn sie dazu nichts gewußt hätten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn sich schon nicht die Grünen zum Thema Wirtschaft oder zum Thema Stadtplatzgestaltung melden, ich auf jeden Fall.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das Thema, das Herr Hoflehner am Anfang mit dem Wirtschaftsausschuß oder Wirtschaftsbeirat angesprochen hat, ist ja etwas, was wir in der 1. ordentlichen Gemeinderatssitzung gehabt haben. Das war auch etwas, wo mir der Herr Bürgermeister zugesichert hat, das auf die Tagesordnung der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu setzen. Das ist leider nicht passiert, wird aber dafür hoffentlich in der übernächsten Sitzung Thema sein.

Sie haben schon recht, Herr Bürgermeister, es ist eine Bühne, auf der man spielen kann. Und spielen können nicht wir, wir sollten die Spieler aber möglichst gut mit einbeziehen. Eine mit Einbeziehung dieser Spieler, sprich der Handel- und Gewerbetreibenden, sprich der Kunden und Beamten, geht halt am ehesten über einen Beirat. Wenn uns der Verkehr einen Beirat wert ist, wenn uns die Umwelt einen Beirat wert ist, nämlich auch ein Beirat, wo nicht nur die Politiker sitzen, dann soll es die Wirtschaft auf jeden Fall auch sein.

Was ich für wichtig halten würde, ist, daß wir uns endlich einmal klarwerden, ich habe in der Diskussion gemerkt, wie die Präsentation dieser Citygarage war, daß es zwar ein Sticklerkonzept und ein Breitlingkonzept gibt, auf die man sich immer wieder beruft, daß die Meinungsbildung

eigentlich - für mich zumindest - noch nicht klar ist, nämlich: Geht es z.B. um einen autofreien Stadtplatz, geht es um einen autofreieren Stadtplatz, autofreier, was heißt das eigentlich? Da hat man schon gemerkt, so ganz einig sind wir uns nicht. Wir sollten uns einmal einig werden. Wo wollen wir überhaupt hin? Von dieser Zielvorgabe hängt letztlich auch wiederum ab, welche Gestaltungsmaßnahmen wir am Stadtplatz überhaupt in Zukunft setzen können.

Wenn man die jetzige Situation Stadtplatz - Grünmarkt anspricht, gebe ich ihnen recht, Herr Hoflehner, daß man ja sieht, daß manche Geschäfte bereits leer stehen, daß es manchen schon sehr schlecht geht und manche auch wieder wegsiedeln werden. Für mich gibt es dafür 2 wesentliche Gründe.

Das eine sind die horrenden Mieten. Das ist auch schon einmal angesprochen worden. Wenn sie den Vergleich mit den Einkaufscenters bringen, Herr Hack, daß es dort auch hohe Mieten gibt, so stimmt das zwar, aber in den Einkaufscenters sind vor allem die Handelsketten. Die können sich diese hohen Mieten zum Teil auch leisten. Am Steyrer Stadtplatz gibt es relativ viele Einzelbetriebe und für die sind diese hohen Mieten oft schon sehr problematisch.

Das andere ist, daß es am Stadtplatz einen zu geringen Branchenmix gibt. Sie haben das zuerst mit den Schuhgeschäften usw. angesprochen, Herr Bürgermeister. Die Frage wäre, ob man sich nicht für ein gezieltes Stadtmarketing einsetzt. Jetzt nicht nur einen Slogan „Steyr, ein starkes Stück Stadt“, sondern ein Stadtmarketing, das darüber hinausgeht, wo Flächen beispielsweise angemietet und weitergegeben werden. Weil ich glaube, die Politik darf sich nicht davon verabschieden ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wieder wir zahlen!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein! Nicht, wieder wir zahlen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wer denn?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wir geben ja die Flächen auch wiederum weiter. Aber worum es geht, ist, daß wir an Steuerungsmaßnahmen

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Von wem nehme ich sie?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das Detail müssen wir uns überlegen. Worum geht es uns? Es geht uns darum, daß wir den Stadtplatz nicht irgendwann als Museum haben, daß wir keine Betriebe mehr in der Stadt haben und wenn man jetzt so schaut, dann ist die Tendenz sicherlich nicht befriedigend.

Wir haben zwei Probleme. Wir haben zu hohe Mieten und einen fehlenden Branchenmix. Und wir haben auch das Parkraumproblem. Dieser fehlende Branchenmix, da haben sie schon recht, Marktwirtschaft, da können wir wenig tun, was wir aber tun können und andere Städte machen das auch, sie schließen sich von der politischen Ebene her, von den Handels- und Gewerbebetrieben her zusammen und man überlegt sich Möglichkeiten, Flächen anzumieten und zu klaren Konditionen weiterzugeben und man entwickelt hier einen Steuerungsmechanismus in Richtung Branchenmix.

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Da geht es ja auch darum, daß man z.B. in diesem Wirtschaftsbeirat potentielle Vermieter

miteinbindet, um ihnen auch klarzumachen, daß auch sie sehr wohl von einer Gesamtkonzeption des Stadtplatzes etwas haben. Das ist nicht Planwirtschaft, sondern das ist Politik als Steuerungsinstrument, als Lenkungsinstrument. Das hat jetzt nichts mit Planwirtschaft oder mit Verboten oder sonstwas zu tun.

Diskussion

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Derzeit stehen manche Geschäfte am Stadtplatz leer. Die haben überhaupt keine Mieteinnahmen, nur weil sie sie zu diesen Preisen nicht hergeben, wo sie einen Nachfrager finden würden. Ich glaube schon, daß man da sehr viel machen könnte. Wie gesagt, es gäbe in diesem Bereich sehr viele Themen, und daher ist dieser Wirtschaftsbereich durchaus gerechtfertigt. Genau dort hätten wir die Möglichkeit, das alles auszudiskutieren, wozu uns jetzt eigentlich nur die „Aktuelle Stunde“ bleibt und wo man das im Detail nicht vorstellen kann, worum es eigentlich ginge.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es noch ein Thema?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber nicht dazu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

GAL ein neues Thema. Bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es tut mir leid, wenn ich die Zeit beanspruche. Ich würde es normalerweise nicht tun, wenn es nicht so ein wichtiges Thema wäre, weil ich auch gerne zur Ausstellungseröffnung in die Kunsthalle möchte.

Der Vorschlag oder die Anmerkung, die ich noch machen möchte, betrifft einen Nationalratsbeschluß vom 11.11.1997, wo der Nationalrat einstimmig beschlossen hat, einen Gedenktag für alle Opfer des NS-Regimes einzuberufen. Alle Parteien haben zugestimmt. Und dieser Gedenktag wird heuer das erste Mal durchgeführt. Deutschland hat einen ähnlichen Gedenktag am 27. Jänner.

Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir entsprechend des Beschlusses des Nationalrates eine Gedenkveranstaltung des Steyrer Gemeinderates am 5. Mai abhalten. Ich möchte ganz kurz zwei Passagen aus diesem Beschluß vorlesen. Der Beginn: Der 5. Mai, der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, möge in Österreich im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus begangen werden.

Zum Schluß steht dann: Darüber hinaus möge an die Länder und Gemeinden herangetreten werden, damit auch von den Gebietskörperschaften im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und an die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen der 5. Mai als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus wahrgenommen wird. Auch der Nationalrat wird in Zukunft jedes Jahr diesen Gedenktag in einer besonderen Weise begehen. Mit diesem Schritt schließt sich die Republik Österreich einer europäischen Initiative an und bringt damit zum Ausdruck, daß sich die Idee eines Gedenktages der Opfer des Nationalsozialismus auch auf europäischer Ebene mit großem Nachdruck unterstützt.

Ich glaube, daß insbesondere in diesem Jahr und insbesondere durch die Aktivitäten, die im Zuge der Landesausstellung im Museum Arbeitswelt durchgeführt werden, wo eine Zeitgeschichteausstellung stattfindet und wo auch sehr viele Initiativen vom Verein „Mauthausen Aktiv“ geplant sind, es eine schöne Geste wäre, wenn der Gemeinderat diese Gedenksitzung abhalten würde.

Wir können uns unter Umständen diese Diskussion jetzt ersparen. Mein Vorschlag wäre, daß sich die Fraktionsvorsitzenden in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz über dieses Thema unterhalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da decken sich unsere Vorschläge. Wir werden das auf die nächste Tagesordnung setzen und darüber eine Beredung abhalten.

Jetzt gibt es anscheinend kein weiteres Thema mehr, daher sind wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt, ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 18.09 UHR

DER VORSITZENDE: Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR. Anton Obrist, Elke Kotas

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Roswitha Großalber, GR Ing. Wolfgang Hack